

***Auf dem Weg
der
Erneuerung***



PDS

**Dialog in der PDS
Landesverband Brandenburg
Heft 3/1**

**Vereinigung von SPD und KPD
in der Provinz Brandenburg
1946**

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 3/1

Vereinigung von SPD und KPD in der Provinz Brandenburg 1946

Herausgeber: Landesvorstand der PDS, Arbeitsgruppe
Programm - Geschichte - Politische Bildung

Autoren: Dr. Werner Bethge/Prof.Dr. Kurt Finker/
Dr. Kurt Libera

Beratung: Dipl.-Archivar Joachim Schulz, Archivrat
Alfred Schlegel, Prof. Dr. Manfred Uhlemann,
Dipl.-Gesellschaftswiss. Werner Wölk,
Dipl.-Journalist Hans-Joachim Wolff

Satz und Layout: Reinhard Frank

Redaktionsschluß: 15. Februar 1996

Inhaltsverzeichnis

1. Aus dem Beschluß des Landesvorstandes der PDS vom 15. Mai 1995	4
2. Ein historisches Ereignis im Widerstreit politischer Meinungen	5
3. Forderung des Tages 1945: Gemeinsames Handeln	11
4. Im Vorfeld der Vereinigung (Juli bis Dezember 1945).....	17
5. Auf dem Wege zur Vereinigung (Januar - April 1946).....	21
6. Programm und Statut der Einheitspartei	27
7. Fazit der Vereinigung in Brandenburg, Erkenntnisse, Lehren	33
8. Kurzbiographien führender Sozialdemokraten und Kommunisten der Provinz Brandenburg im Vereinigungsprozeß	34
10. Weitere Literatur	38

Heft 3/2 Vereinigung von SPD und KPD in der
Provinz Brandenburg - Dokumente

1. Aus dem Beschluß des Landesvorstandes der PDS vom 15. Mai 1995

"Der Jahrestag soll zum Anlaß genommen werden, die Geschichte der Vereinigung beider Parteien wissenschaftlich - vorurteilsfrei und ohne alle Tabus - für das Land Brandenburg als einen Beitrag zur differenzierten Sicht der Geschichte der SED zu untersuchen und darzustellen.

Zu welchen Fragenkomplexen sollten Überlegungen angestellt und Standpunkte angestrebt werden?

1. Welche Erfahrungen aus den verheerenden Folgen der Nazidiktatur förderten die Erkenntnis, daß ein gemeinsamer Kampf von Sozialdemokraten und Kommunisten die Errichtung der Nazidiktatur hätte verhindern können?

2. Welche Ansätze und Erfahrungen gemeinsamen Handelns gab es in der Zeit des Naziregimes, besonders in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, die den Wunsch nach Zusammenschluß zu einer Partei förderten oder dem entgegenstanden?

3. Mit der Zerschlagung der Nazi-Diktatur durch die Truppen der Alliierten war die Möglichkeit gegeben, eine antifaschistische demokratische Alternative zu entwickeln. Wie vollzog sich spontan in vielen Orten das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten, um gemeinsam die Verantwortung für das tägliche Leben der Menschen wahrzunehmen und das Chaos des faschistischen Zusammenbruches zu überwinden?

4. In der Praxis stellten sich viele Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam den sozialen und politischen Forderungen des Tages. Welchen Einfluß nahmen die unterschiedlichen politischen Interessen der einzelnen Besatzungsmächte, sowie der Parteiführungsgruppen auf den Vereinigungsprozeß und die weitere Entwicklung der Partei? Wo liegen Grenzen und Probleme dieser Einflußnahme?

5. Welche Chancen ergaben sich aus der Vereinigung und ihren programmatischen Aussagen für einen Neuanfang als demokratische sozialistische Partei und eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung?

6. Die Chance für einen grundsätzlichen Neuanfang wurde letztlich vertan. Welche inneren und äußeren Umstände führten zu einem Bruch der demokratischen Prinzipien, zur Ausgrenzung und Verfolgung von Kritikern und Gegnern der Vereinigung und verkehrten damit den Willen vieler Mitglieder der vereinigten Partei für einen neuen gemeinsamen Weg?

7. Welche Konsequenz ergibt sich aus unserem heutigen Parteiverständnis für die Betrachtung dieses historischen Ereignisses? Zu welchen Schlußfolgerungen kommen wir mit den Erfahrungen der Vereinigung für unser Verhältnis als Partei des demokratischen Sozialismus zu anderen politischen Kräften im Land Brandenburg?"

Die Arbeitsgruppe Geschichte/Politische Bildung beim Landesvorstand fügt dem Dialogheft eine Dokumentation hinzu, die wesentliche Aussagen quellenmäßig untersetzt. Anmerkungen im Text verweisen auf die entsprechenden Dokumente. Autoren und Bearbeiter beider Teile konnten sich auf eine Quellensammlung stützen, die vom Institut für Presse und Zeitgeschichte Potsdam vorgelegt worden ist und vor allem Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, ZPA) sowie aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) enthält.

2. Ein historisches Ereignis im Widerstreit politischer Meinungen

Nur wenige historische Vorgänge werden noch nach fünfzig Jahren von so heftigen Kontroversen begleitet, wie die 1946 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vollzogene Vereinigung der SPD und der KPD zur SED. Nicht nur Historiker, auch Politiker und Publizisten haben daran regen Anteil. Es waren und sind **entgegengesetzte politische Denkweisen und Interessen**, die zu Legenden und Verzerrungen durch Ausblendung unbequemer Tatsachen führten und führen und ein verwirrendes, konträres Bild dieses äußerst vielschichtigen und politisch umstrittenen Ereignisses entstehen lassen.

Dabei stößt das seinerzeit von der Partei- und Staatsführung der DDR favorisierte und von SED-Historikern umgesetzte vereinfachte Vereinigungsverständnis auf eine **ähnliche Simplifizierung, vor allem durch sozialdemokratisch orientierte Historiker und Politiker**. Beide Seiten benutzten historisch-politische Positionen zur Begründung ihres gegensätzlichen politischen Weltbildes und zur Durchsetzung von Hegemonieansprüchen.

Es ist an der Zeit, die Sicht auf die Vereinigung von KPD und SPD im Jahre 1946 nicht als politisches Abstraktum oder "realitätsfernen Unsinn" (Ernst Engelberg), sondern ausgehend von den realen historischen Umständen jener Zeit zu betrachten. Und trotzdem ist das Thema hochaktuell. Es läßt sich auch heute nicht "fernab unserer politisierten Gegenwart, nicht jenseits politischer Sympathien und Antipathien behandeln. An irgendeinem Punkt geraten hier Wertungen immer auch zu politischen Bekenntnissen und sei es das Bekenntnis politischer Unentschiedenheit oder Gleichgültigkeit." (Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Hefte zur ddr-geschichte, Berlin 1995, S. 21).

**Vereinigung aus
realer
historischer Sicht
betrachten**

**Unterschiedliche
Meinungen und
Urteile**

Im Folgenden einige unterschiedliche Meinungen und Urteile über die Vereinigung von SPD und KPD, die die wesentlichsten Richtungen repräsentieren:

Walter Ulbricht Mitglied des Politbüros der KPD, des Zentralsekretariats und später des Politbüros der SED, 1955:

"Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands... war ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung. In Deutschland, im Zentrum Europas, wurde eine einheitliche marxistische Partei der Arbeiterklasse geschaffen. Die reformistischen Führer hatten den Marxismus preisgegeben und verfälscht. Sie waren im Anfang des ersten Weltkrieges auf die Seite des Imperialismus übergegangen, hatten jahrzehntelang die deutsche Arbeiterbewegung im Interesse des Monopolkapitals gespalten und große Massen der Arbeiter mit der imperialistischen Ideologie und Politik vergiftet. Jetzt aber zog ein Teil der sozialdemokratischen Führer, mit Otto Grotewohl an der Spitze, zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern mutig die Lehren aus den Erfahrungen dieser verhängnisvollen dreißig Jahre, trennte sich von den Spaltern und bekannte sich zur Einheit auf der Grundlage des unverfälschten Marxismus. Unter den sozialdemokratischen Arbeitern wurden die großen Traditionen der Taten lebendig, die einst die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete und geleitete deutsche Sozialdemokratie in ihrer Frühzeit vollbracht hatte. Die SPD vereinte sich mit der KPD, die der Lehre des Marxismus-Leninismus stets die Treue gehalten hatte... Den Kommunisten kommt das historische Verdienst zu, dem Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung den Weg gebahnt zu haben." (W. Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Band I, 1. Halbband, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 316/317).

Walter Ulbricht Erster Sekretär des ZK der SED, 1966:

"Der denkwürdige Zusammenschluß von Kommunistischer Partei und Sozialdemokratischer Partei war nicht nur der entscheidende Wendepunkt in der wechselvollen Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland, sondern zugleich ein nationales Ereignis ersten Ranges. ... Wir können mit Fug und Recht sagen, daß die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und die Herstellung ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage die bis dahin größte Errungenschaft in der nunmehr fast 120jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Kommunistischen Manifest und der Gründung der KPD ist." (W. Ulbricht: Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen. Festansprache zum 20. Jahrestag der Gründung der SED am 21. April 1966 in der Berliner Dynamo-Sporthalle, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 7-9).

August Karsten 1920-1933 SPD-Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SPD, dann des SED-Zentralsekretariats, 1966:

"Nach einer drei Jahrzehnte währenden Spaltung war es unmöglich - obgleich aus der Vergangenheit wertvolle Lehren gezogen werden konnten

- schlagartig alle Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und eine politisch-ideologische Übereinstimmung zu erzielen. Eine überstürzte Gründung der Einheitspartei ohne vorherige Klärung von Grundfragen, wie z. B. Fragen nach dem Weg zum Sozialismus und nach seinem Inhalt, hätte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen und damit zur Lähmung der Partei geführt. Wir mußten erst einmal unsere alten Mitglieder und die zur Mitarbeit in einer Arbeiterpartei bereiten Menschen sammeln, die Parteien aufbauen, klären, wo wir stehen, wohin wir gehen und zwischen den Parteien feststellen, ob wir in der Arbeit und in den Auffassungen auch wirklich eins sind und sein können...

Der 20. und 21. April waren Freudentage, einmalige Tage in meiner 50jährigen Parteizugehörigkeit. Die Höhepunkte des Parteitages sind nicht zu übertreffen. Als sich die beiden Vorsitzenden die Hände reichten und der Vereinigungsbeschuß kam, brauste ein Jubel auf, den ich nicht beschreiben kann. Wir umarmten uns, wußten nicht, was wir vor Freude einander sagen sollten. So etwas von Einmütigkeit und Geschlossenheit, von Freundschaft und Herzlichkeit ist etwas Großartiges." (Bericht über die gemeinsam mit der Bezirksleitung der SED durchgeführte Tagung zum 20. Jahrestag der Gründung der SED, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Math.-Naturwiss. Reihe, Potsdam, August 1966, Jgg. 10, Heft 3, S. 435,437).

Erich W. Gniffke Mitglied des ZA der SPD, dann des Zentralsekretariats der SED, 1947:

"Am 22. April 1946 wurde ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgeschlagen...

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war kein mechanischer, ideologisch unvorbereiteter Akt; sie war das Ergebnis eines Verschmelzungsprozesses, der nach dem Sturz der Hitlerdiktatur in ganz Deutschland einsetzte und der lediglich dort nicht zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geführt hat, wo seine freie ungehinderte Entfaltung behindert wurde. Dort, wo die Spaltung aufrechterhalten blieb, denunzierte man die Vereinigung als 'unter Druck' erfolgt und lenkte damit von der Erkenntnis der Notwendigkeit ab...

Die Kommunisten und Sozialdemokraten dagegen, die die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien herbeiführten, hielten an der Erkenntnis fest, daß nach dem Sturz der Naziherrschaft neue Wege in der sozialistischen Bewegung beschritten werden müssen.

So ergab sich für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auch die natürliche Konsequenz, daß die SED nicht die Fortsetzung der Sozialdemokratischen Partei und nicht die Fortsetzung der Kommunistischen Partei sein konnte. Die SED wurde zur neuen Partei, in der sich die besten, fortschrittlichsten und aktivsten Elemente beider Parteien zusammenfanden." (Erich W. Gniffke: Der SED-Funktionär, Verlag JHW Dietz Nachf., Berlin 1947, S. 3,4,5. Gniffke wandte sich später gegen die Stalinisierung der SED, verließ 1948 die SBZ und wurde in den Westzonen wieder Mitglied der SPD.)

Willy Brandt SPD-Vorsitzender, 1982:

"Nicht nur in der sowjetisch besetzten Zone, auch in den Westzonen herrschte in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende die Meinung vor, daß es sinnvoll wäre, möglichst rasch die Spaltung zu überwinden und eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Es war die KPD-Führung - mit dem aus Rußland eingeflogenen Walter Ulbricht an der Spitze -, die dies ablehnte. Sie wollte erst die eigene Organisation aufbauen und konnte sich dabei auf massive Unterstützung der Besatzungsmacht verlassen. Ende des Jahres schalteten die kommunistische Zentrale und die sowjetische Militärverwaltung um: Die Wahlen in Österreich und Ungarn ließen vermuten, daß sich der Zustrom zur KPD in Grenzen halten würde, und die Entwicklung in der deutschen Sowjetzone zeigte, daß die SPD - trotz ihrer Benachteiligung im Zeitungswesen und auch sonst - bessere Chancen hatte. Die Kommunisten drängten nun auf rasche Vereinigung und rechneten damit, daß sie die zu schaffende Einheitspartei bald beherrschen würden. Grotewohl und seine Freunde hielten nicht durch, worauf sie sich in Gesprächen mit den westdeutschen Genossen in Wennigsen festgelegt hatten: daß über den Kurs der Partei, und damit auch über die Frage der Einheit, erst auf einem 'Reichsparteitag' entschieden werden könne. Eine Mischung aus Druck und Wunschenken begleitete sie auf dem Weg zur Zwangsvereinigung 1946. Opposition wurde unterdrückt, und wieder wanderten Sozialdemokraten in die Gefängnisse oder wurden nach Sibirien deportiert (so der im Zusammenhang mit dem 20. Juli erwähnte Mecklenburger Sozialdemokrat Willi Jesse)." (W. Brandt: Links und frei. Mein Weg 1930-1950, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1982, S. 392, 414/415).

Hermann Weber Historiker, Mannheim, 1980:

"Während die SPD praktisch ihren traditionellen Mitgliederstand wiederherstellte (681 000 im März 1946 gegenüber 581 000 1932), war die KPD eine Partei mit neuen Mitgliedern, die alten Kader gerieten in die Minderheit... In der Tat zeigte die neugegründete SED einige wesentliche Unterschiede gegenüber herkömmlichen kommunistischen Parteien. Sie war keine Kaderpartei, sondern eine Massenpartei. Zu den 600 000 Kommunisten und 680 000 Sozialdemokraten stießen zahlreiche neue Mitglieder, bis Mitte 1948 zählte die SED (bei damals 19 Millionen Einwohnern der SBZ) fast 2 Millionen Mitglieder, also waren etwa 16 Prozent aller Erwachsenen in der Einheitspartei.

Nach den Statuten waren auch alle Funktionen in der Partei paritätisch mit früheren Kommunisten und Sozialdemokraten zu besetzen, letztere hatten zumindest formal noch erheblichen Einfluß. Der Spitzenführung der SED, dem Zentralsekretariat, gehörten sieben Kommunisten (Ackermann, Dahlem, Matern, Merker, Pieck, Elli Schmidt, und Ulbricht) an und ebenso viele Sozialdemokraten (Fechner, Gniffke, Grotewohl, Karsten, Käthe Kern, Lehmann und Meier). Vor allem aber war die SED nicht auf das sowjetische Modell festgelegt. Sie betonte ihren deutschen Charakter, bekannte sich zum Marxismus, aber nicht zum Leninismus.

In der praktischen Politik wurde die SED freilich die Fortsetzung der KPD, denn sie war wie diese der verlängerte Arm der sowjetischen Besatzungsmacht." (H.Weber: Kleine Geschichte der DDR. Edition Deutschland Archiv, Köln 1980, S.32, 35.).

Christoph Kleßmann Historiker, früher Bielefeld, jetzt Potsdam, 1986:

"Dennoch läßt sich die am 21./22. April 1946 durchgeführte Fusion der KPD und SPD in der Ostzone nicht einfach als 'Zwangsvereinigung' klassifizieren. Die Elemente des Zwanges waren gravierend und reichten von indirektem Druck durch die SMAD, Verbot von Versammlungen, gezielter Unterstützung der Einheitsbefürworter bis zur massiven Einschüchterung und Verhaftung von Einheitsgegnern. Daneben aber existierte nach wie vor eine breite Einheitsströmung besonders in den Betrieben, so daß dem fusionsunwilligen ZA schließlich die Kontrolle zu entgleiten und er in die Isolierung zu geraten drohte." (Chr. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 193, Bonn 1986, S. 139).

Harold Hurwitz Amerikanisch-deutscher Historiker, Berlin, 1990:

"Der Kampf deutscher Demokraten um Selbstbestimmung, der, unverhofft in der deutschen Geschichte, jetzt in der DDR [1990] als revolutionäre Bewegung Erfolg zu haben scheint, geht auf Geschehnisse der ersten Nachkriegsjahre zurück. Dazu gehören sowohl die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED als auch weitere Schritte zur Teilung Deutschlands. Die von Stalin geforderte und von den Offizieren in der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) durchgeführte Gleichschaltung der Sozialdemokraten in der Zeit von November 1945 bis April 1946 stieß in der Sowjetzone und in Berlin auf hartnäckigen Widerstand. Es war ein Abwehrkampf, der allein in der Vier-Sektoren-Stadt Groß Berlin Erfolg haben konnte." (H. Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin, Köln 1990, S.9).

Joachim Kahlert Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig, 1991:

"Wer von diesen erbarmungslosen Verfolgungen von Sozialdemokraten durch Kommunisten weiß und heute immer noch versucht, Sozialdemokraten als mehr oder weniger heimliche Gesinnungsgenossen der Kommunisten hinzustellen, der lügt. Gewiß gab es auch in der SPD Menschen, die sich von kommunistischer Taktik blenden ließen und glaubten, sie könnten Kommunisten zu einer demokratischen Reformpolitik bewegen. Und es gab auch Sozialdemokraten, die um eines Machtzuwachses oder um persönlicher Vorteile willen bereit waren, mit Kommunisten Bündnisse zu schließen, gar mit ihnen zusammen, wie 1946, eine Partei zu gründen. Aber dieses Verhalten war nicht Folge einer Gesinnungsgemeinschaft mit Kommunisten, sondern entweder Folge eines politischen Irrtums oder eines Strebens nach persönlichen Vorteilen. Im Ergebnis lief beides auf dasselbe Ziel hinaus: Sozialdemokratische Ziele wurden verhindert, nicht gefördert." (Stalinismus - Analyse und persönliche Betroffenheit.

1. Bautzen Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung 8. bis 11. November 1990. Dokumentation, Leipzig 1991, S.7).

Steffen Reiche Vorsitzender der SPD Land Brandenburg, 1996:

"Um es gleich am Anfang festzuhalten, Sozialdemokraten haben keinen Grund, einer Auseinandersetzung mit den Ereignissen, die zu diesem Datum führten und ihm folgten, zu scheuen...

Die PDS hingegen versucht in ihrer großen Mehrheit alter SED-Mitglieder, die zwangsweise Vereinigung von KPD und SPD zu einem historischen Ereignis eines freiwillig gewollten Zusammenschlusses von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verfälschen. Der Geschichte wird eine Reduktion der 'Vereinigung' von KPD und SPD auf die Verwirklichung des Ideals der Einheit der Arbeiterbewegung nicht gerecht. Sechs Jahre nach der gewaltlosen Befreiung von Bevormundung und Unfreiheit in der DDR ist die PDS immer noch nicht in der Lage, eine Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte, der der KPD und SED, die über viele Jahre vom Stalinismus geprägt war, zu führen. Eine Partei, die zu einer ehrlichen Aufarbeitung ihrer Geschichte nicht in der Lage oder nicht bereit ist, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, die Zukunft gestalten zu wollen. Sozialdemokraten in der PDS, die sich dieser Einsicht nicht verschließen, werden erkennen, daß es in Deutschland nur eine Partei - die SPD - geben kann und geben wird, die glaubwürdig dem großen Ziel des demokratischen Sozialismus verpflichtet ist." (Vorwort von Steffen Reiche, in: Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg. Hrsg. SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, Potsdam 1996, S. 3/4).

PDS Der PDS angehörende oder ihr nahestehende Historiker sind ernsthaft bemüht, die Vereinigung von SPD und KPD wissenschaftlich fundiert zu untersuchen und aufzuarbeiten. Aus der Erklärung der Historischen Kommission der PDS:

"Die Historische Kommission der PDS sieht mit Besorgnis, daß der Anschluß- und Vereinigungsprozeß auf deutschem Boden mit einer Rückkehr zu simplen emotional aufgeladenen Bildern des kalten Krieges verbunden ist. Denn vor einem Jahrzehnt waren Historiker in Ost und West bereits einmal soweit aufeinander zugegangen, daß die einen die mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD verbundenen Konflikte stärker wahrnahmen und die anderen den verbreiteten Drang zur Einheit nicht mehr generell in Abrede stellten. Die Umkehr dieses Trends läßt sich nur damit erklären, daß die Bewertung der historischen Ereignisse des Jahres 1946 erneut politisch besetzt worden ist. Sie wird als Karte im tagespolitischen Konkurrenzkampf der Parteien und im Ringen um Wählerstimmen ausgespielt. Letztlich soll selbst der Gedanke an mögliche Alternativen zu dem im deutschen Westen beschrittenen Weg gebrandmarkt werden...

Die Historische Kommission der PDS warnt davor, sich in historischen Fragen - von wem und unter welchem Vorwand auch immer - Ultimativen stellen zu lassen. Tatsachen zu erhellen und zu bewerten, ist Sache historischer Forschung.

Sich ein Urteil zu bilden, ist das Recht jedes Parteimitgliedes und jedes Bürgers dieses Landes...

Wir haben alle, die erfreulichen wie die unbequemen und beschämenden, historischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Wir dürfen nichts beschönigen, aber wir brauchen auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zu zollen." (Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS. In: Pressedienst der PDS, Nr. 50/1995, S. 6; ND, 18.12.1995, S.11).

3. Forderung des Tages 1945: Gemeinsames Handeln

Der **Krieg** hinterließ in der Provinz Brandenburg umfangreiche Schäden. *"Über die Mark Brandenburg war ja nicht nur der Krieg hinweggezogen. In ihr hatte die Vernichtungswut jener 'Helden' getobt, die auf dem Standpunkt standen, daß mit ihnen das ganze Volk zugrunde zu gehen habe... Alle Brücken wurden gesprengt, auch die kleinsten und unbedeutendsten. Die Eisenbahnlinien wurden unterbrochen, lebenswichtige Anlagen zerstört, Deiche durchstoßen, Ortschaften niedergebrannt, Proviantlager vernichtet. Die Zivilbevölkerung wurde aus ihren Wohnorten vertrieben oder zu sinnlosem Widerstand aufgeputscht... Es gab keine Verkehrsmöglichkeiten mehr. Es gab keine Produktionsmöglichkeiten. Es gab keine Versorgung. Es gab keine Verwaltung. Es gab überhaupt nichts mehr. Hunderttausende von Menschen waren ohne Obdach und irrten auf der Landstraße herum. Es war das geordnete Leben völlig zu Ende." (So eine zeitgenössische Betrachtung, in: Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg. Rückblick und Rechenschaft. Hrsgg. vom Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Heft 3, Potsdam (1946), S.6 f.).*

Es waren vornehmlich **Kommunisten und Sozialdemokraten**, aber auch bürgerliche **Liberale** und **Christen**, die sich in allen Besatzungszonen als "Aktivisten der ersten Stunde" zusammenfanden und den demokratischen Neuaufbau begannen. Vielfach geschah dies in spontan gebildeten **antifaschistischen Ausschüssen**. So vielfältig wie ihre Bezeichnungen (z. B. Nationalkomitee "Freies Deutschland", Antifaschistisches Komitee, Revolutionärer Vollzugsausschuß, Antifaschistische Volksfront, Antinazi-Komitee) waren auch die Bedingungen, unter denen sie entstanden, sowie ihre selbstgewählte Aufgabenstellung. Sie bildeten sich teils unmittelbar aus aktiven Widerstandsgruppen, formierten sich für die Rettung der Städte und Gemeinden bei der Annäherung alliierter Truppen, fanden sich nach Beendigung der Kampfhandlungen.

**In allen
Besatzungszonen
Neuaufbau**

Die politische Hauptkraft in diesen Ausschüssen bildeten Kommunisten und Sozialdemokraten, die in der Regel Seite an Seite standen. "Keine Wiederho-

lung der Fehler von 1918", "keine Rückkehr zu Weimar", "Lehren ziehen aus der Nazidiktatur" waren Losungen, die parteiübergreifend getragen wurden. Der oft gemeinsam geführte Widerstand festigte die gegenseitigen Beziehungen.

Eine Alternative zur Politik in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik hatte der SPD-Emigrationsvorstand in Prag bereits **1934 mit dem "Prager Manifest"** formuliert, in dem es hieß: *"Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt."* (Susanne Miller/Heinrich Potthoff: *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1993*, Bonn 1988, S. 350/351. - Vgl. das von der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn 1982 herausgegebene Bildungsmaterial *"Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945"*, S. 619. Darin ist die Formulierung "ob Kommunist" ohne Auslassungszeichen gestrichen, das Dokument also gefälscht!).

Die KPD hatte sich auf ihren Konferenzen der 30er Jahre ebenfalls für eine Einheitspartei ausgesprochen. Auf ihrer **Berner Konferenz am 1. Februar 1939** hieß es dazu: *"Das ZK der KPD stellt die Frage der Schaffung der Einheitspartei zur Diskussion vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse und fordert insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten auf, sich dazu zu äußern, sich zu verständigen und, wo die Verständigung zwischen einer sozialdemokratischen Organisation und einer kommunistischen Organisation (Betrieb, Ort usw.) zur einheitlichen Auffassung erfolgt ist, auch einheitliche Organisationen der künftigen Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen."* (Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik. Resolution, 1. Februar 1939, in: *Dokumente zur Geschichte der SED, Band 1 1847-1945*, S. 349/350).

Es war eine **breite antifaschistische Bewegung**, die mit den antifaschistischen Ausschüssen in allen Besatzungszonen entstand, zumeist in den Städten, d. h. den Zentren der Arbeiterbewegung und des Widerstandes. In der **Provinz Brandenburg** fand die vorrückende Rote Armee ebenfalls mehrfach antifaschistische Ausschüsse vor. Sie rekrutierten sich teilweise aus den noch in manchen Orten bestehenden Widerstandsgruppen, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter zusammenwirkten. Den Weg zur Gemeinsamkeit gegen den Faschismus und für den Sozialismus beschworen auch über hundert aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreite Antifaschisten auf dem Weg nach Berlin in der Gemeinde Bagow: *"Wir politischen Gefangenen haben den Weg zur politischen Einheit zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern besritten... Wir*

haben gelernt, die Einheit als Lebensfrage zu erkennen... Wir haben nur einen gemeinsamen Feind: Faschismus und Reaktion; wir haben nur ein gemeinsames Ziel: den Sozialismus!" (Max Frenzel/Wilhelm Thiele/Arthur Mannbar: Gesprengte Fesseln, 3. Aufl., Berlin 1978, S. 304).

Über die antifaschistischen Ausschüsse in Potsdam-Babelsberg liegen - im Gegensatz zu anderen - aufschlußreiche Quellen vor. Danach bildete die illegale Babelsberger NKFD-Gruppe, die hohen Anteil daran hatte, daß der Stadtteil ohne größere Kampfhandlungen und Zerstörungen von der Roten Armee besetzt werden konnte, einen Revolutionären Vollzugsausschuß. In Potsdam kamen bereits am 3. Mai Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen und berieten die dringendsten Aufgaben. Sie bildeten noch am gleichen Tag einen Zehnerausschuß mit jeweils fünf Kommunisten und Sozialdemokraten, den sie ebenfalls als Revolutionären Vollzugsausschuß bezeichneten.

Bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Bezeichnung, Ausprägung und Wirkungsmöglichkeit in Ost und West hatten die Ausschüsse eine gemeinsame Zielrichtung. Wesentlich geprägt durch die Vertreter der Arbeiterparteien stellten sie zunächst Tagesfragen in den Vordergrund, wie sie in einem Babelsberger Aufruf vom 14. Mai 1945 enthalten sind: "1. Kontrolle des kommunalen Verwaltungsapparates. 2. Strenge Beaufsichtigung der Faschisten... 3. Sicherung der Ernährung und Verteilung der Güter nach sozialen Gesichtspunkten. 4. Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. 5. Glaubens- und Gewissensfreiheit." (Schulz/Urban/Wölk: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 100). Grundsätzlich umfaßte sie aber auch die politische Einheit auf der Basis eines antifaschistischen Konsens und hatte damit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Aktivierung der Gewerkschaft, besonders unter dem Blickwinkel der Einheitsgewerkschaft, und die ernsthaften Bestrebungen nach einer vereinigten Arbeiterpartei. Diese politische Ausrichtung wurde von den Besatzungsmächten unterschiedlich beurteilt.

**Gemeinsame
Zielrichtung in
Ost und West**

Die auf sozialistische Einheit ausgerichteten Ausschüsse brachten sie in Widerspruch zu den Westalliierten. "Diese Gruppen", so lautet das Fazit eines USA-Geheimberichtes vom Juni 1945, "sind Ausdruck der aktivsten Kräfte im politischen Leben, - Kräfte, die wir entweder unterdrücken oder uns zunutze machen können." (Zit. in: Chr. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 122). Und sie entschieden sich im Prinzip dafür, die Ausschüsse zu "unterdrücken", weil sie ihren eigenen politischen Ambitionen in Deutschland nicht entsprachen. So wurden die Ausschüsse in den westlichen Besatzungszonen vielfach administrativ verboten, ihre Mitglieder gerichtlich verfolgt.

Die sowjetische Besatzungsmacht förderte die politische Ausrichtung der Ausschüsse. Es gab vielfach eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommandanten. Diese nutzen dabei die Ausschüsse auch zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen, die allerdings zunächst weitgehend deckungsgleich waren. Doch im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen - wo

vielfach die alten Verwaltungsstrukturen und deren Kader übernommen wurden und aktive Antifaschisten wenig Chancen besaßen - übernahmen die Ausschüsse bzw. ihre Mitglieder diese Aufgabengebiete. Fast reibungslos vollzog sich hier zumeist die Übernahme von Verantwortung für den Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane und ganz konkreter Funktionen. Auf eine solche Entwicklung hatte die KPD-Führung im Frühjahr 1945 bereits orientiert. In den "Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet" wurde die Schaffung von Verwaltungsorganen in Städten und Gemeinden als wirksamer Schritt einer neuen demokratischen Verwaltung betrachtet, deren Aufbau nur von der Basis her erfolgen konnte. (Vgl. Horst Laschitzka: Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin 1969, S. 250).

Der Weg vieler Ausschußmitglieder in die demokratische Verwaltung und die Zulassung der Parteien durch den Befehl Nr. 2 der SMAD machte die Ausschüsse praktisch funktionslos. In einem Flugblatt des Babelsberger Revolutionären Vollzugsausschusses vom 19. Juli 1945 wird u. a. festgestellt: *"In der Zeit ihres Bestehens hat sich die Antifa auf das beste bewährt. Gleichgültig, ob im Kampf gegen die Nazis oder in den großen antifaschistischen Aktionen in der Verwaltung oder in der Wirtschaft. Auf allen Gebieten marschierte die Antifa in der ersten Reihe. Sie war das Sammelbecken aller antifaschistischen Kämpfer, aber sie war keine Partei.*

Durch den Erlaß Marschall Shukows vom 10. Juni des Jahres erhielt das von der Roten Armee besetzte Deutschland die politische Freiheit und damit die Möglichkeit der Bildung politischer Parteien. Von diesem Augenblick an hatte die Antifa ihre Aufgabe erfüllt und die Fortführung der Arbeit an die politischen Parteien abgegeben. Die Antifa existiert nicht mehr! Der Geist der Antifa aber lebt!" (Schulz/Wölk/Urban: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 105).

Kaum hinterfragt wurde in der SBZ die Möglichkeit für eine zukunftssträchtige Weiterführung der Antifaschistischen Ausschüsse und damit auch der fruchtbaren und erfolgreichen Zusammenarbeit besonders von Kommunisten und Sozialdemokraten für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung mit dem Blick auf eine sozialistische Option.

Die grausame Lektion, die der Hitlerfaschismus besonders Kommunisten und Sozialdemokraten erteilt hatte, und der - vielfach noch unter Ausklammerung politischer Grundpositionen - spontane gemeinsame Aufbruch im Jahre 1945, die schier unlösbaren Probleme anzugehen, bildete **psychologisch und politisch den Boden für das Verlangen nach einer Einheitspartei**. Es gab *"nicht wenige Sozialdemokraten, ... die eine Sozialdemokratische Partei nicht wieder gründen wollten. Ein quantitativ nicht meßbarer Teil ehemaliger sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre schloß sich vor und unmittelbar nach der Zulassung der Parteien im Mai/Juni 1945 der KPD an oder*

war... an der Gründung von lokalen Einheitsparteien beteiligt." (A. Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. XXVIII).

Es war eine besonders von Sozialdemokraten getragene **spontane Welle**, die auf die Bildung einer Einheitspartei drängte, wie zum Beispiel in Potsdam. Trotz mancher Gegensätze trat der spätere Bezirksvorsitzende der SPD Provinz Brandenburg, Georg Spiegel (Vgl. Kurzbiographie), bereits am 3. Mai bei der Konstituierung des örtlichen Vollzugsausschusses für eine gemeinsame Arbeiterpartei ein und traf sich in dieser Hinsicht mit dem Vertreter der KPD, ohne daß es allerdings zur Ausführung kam. Bis zur Gründung der Ortsgruppe der KPD favorisierten weitere führende Köpfe in der Potsdamer SPD den Kurs auf eine Einheitspartei.

In allen Besatzungszonen entstanden **Einheitsparteiorganisationen** unter verschiedenen Namen - in der Regel unabhängig voneinander und lokal begrenzt.

In der Provinz Brandenburg kam es erst nach der Zulassung von Parteien durch die SMAD örtlich zur Gründung von Einheitsparteien, z. B. in Forst, Brück, Rüdersdorf, Luckenwalde. In Forst bildete der Aktionsausschuß von Kommunisten und Sozialdemokraten am 17. Juni eine "Vereinigte Kommunistische Partei von Forst", die sich mit ihrem Gründungsbeschluß *"bis zur endgültigen Vereinigung beider Parteien im Reichsmaßstab, die wir in kürzester Zeit erwarten, bedingungslos dem ZK der KPD" unterstellte.* (G.Benser: Die KPD im Jahr der Befreiung, Berlin 1985, S. 120). Oft bildeten sich daneben eigene sozialdemokratische Organisationen.

**Sofortige lokale
Gründungen von
Einheitsparteien**

Viele ehemalige aktive Sozialdemokraten hatten kein Verständnis für die Neugründung der SPD oder drängten in die KPD. Sie Motive dafür waren unterschiedlich: Erlebnis des gemeinsamen Widerstandskampfes, Erinnerung an die bitteren Erfahrungen aus der Zeit vor 1933, Streben nach Verhinderung neuer reaktionärer Gefahren; nicht immer war es zugleich Bekenntnis zur kommunistischen Ideologie. In Wildau äußerten SPD-Funktionäre Unverständnis über die Gründung der SPD nach dem KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945. Gruppenweise Ein- und Übertritte von Sozialdemokraten in die KPD gab es u. a. in Beeskow, Belzig, Eberswalde, Strausberg, Werder/Havel. In Königswusterhausen bestand die 45 Mitglieder starke Ortsgruppe der KPD im Juni u. a. aus 25 ehemaligen Sozialdemokraten. Auf der Mitte Juni durchgeführten Kreiskonferenz der KPD im Unterbezirk Jüterbog-Luckenwalde setzten sich die 65 Delegierten u. a. aus 19 ehemaligen Sozialdemokraten und 12 bisher Parteilosen zusammen. *"In vielen Orten",* so ein KPD-Bericht aus dieser Zeit, *"ist der größte Teil der früheren SPD-Mitglieder in die KPD eingetreten ... Auch aus solchen Orten, wo sich die SPD neu etabliert hat, ist ein Teil der SPD-Anhänger zur KPD gekommen... Ein Teil früherer SPD-Genossen arbeitet bereits in den Leitungen unserer Partei mit."* (Zit. in: G. Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, S.280). Häufig gab es auch Fälle,

wo die eintrittswilligen Sozialdemokraten von den Kommunisten beauftragt wurden, in die SPD einzutreten und dort die "revolutionäre Linie" durchzusetzen. Andere Sozialdemokraten schlossen sich wieder der SPD an, um diese zu "revolutionieren". Franz Ruschen, Werder, ehemaliger SAJ-Funktionär, erinnerte sich daran, daß es für ihn *"nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit nur noch eine Konsequenz geben konnte, Mitglied der KPD zu werden."* Erst Eugen Ernst (Vgl. Kurzbiographie), prominenter Sozialdemokrat, *"überzeugte mich davon, daß es doch richtiger sei, wieder in die SPD einzutreten und mitzuhelfen, daß auch diese Partei lernend aus den Fehlern der Vergangenheit sich zu einer wirklich marxistischen Partei entwickle."* (Frauke Mingerzahn: *Eugen Ernst, Diss., Potsdam 1988, S. 144*). Der Sozialdemokrat Willi Wolf (Vgl. Kurzbiographie) erinnerte sich später an diese Zeit: *"Mit meinen Überlegungen, meinen Gedanken an die Vergangenheit und die Zukunft, mit meinen Ansichten über zahlreiche Fragen war ich wahrscheinlich den Kommunisten näherstehend. Damals allerdings standen viele Sozialdemokraten solchen Positionen nahe. Aber, einer langjährigen Tradition folgend, gehörte ich voll und ganz zur sozialdemokratischen Partei."* (Ines Deutschland: *Willi Wolf, ein Lebensbild 1904-1971, Diplomarbeit, Potsdam 1989, S. 26*).

Peter Brandt, ein Sohn Willy Brandts, kam in einer Untersuchung zu der interessanten - offenbar allerdings nur der damaligen vorherrschenden Stimmung entsprechenden - Einschätzung: *"Es scheint so, als ob die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches den Aufbau einer vereinigten Arbeiterpartei anstelle der beiden traditionellen Richtungen anstrebe."* (P. Brandt: *Antifaschismus und Arbeiterbewegung, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XI, Hamburg 1976, S. 167*).

Langfristig vorbereitet trat die KPD bereits am 11. Juni mit ihrem Aufruf an die Öffentlichkeit (Dok. 1). Darin knüpfte sie u. a. strategisch an die Volksfrontbeschlüsse der 30er Jahre an - die in der Zeit der deutsch-sowjetischen Verträge 1939-1941 allerdings von der Komintern und damit auch von der KPD ignoriert worden waren. Sie stellte jetzt als wichtigste Aufgabe die Errichtung eines **"antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik** mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk." Diese strategische Zielsetzung konkretisierte ein Zehnpunkteprogramm, in dem die unmittelbarsten Forderungen zusammengefaßt waren.

Den einheitswilligen Sozialdemokraten sagte Hermann Matern am 1. Juli 1945 in Dresden: *"Die Einheitspartei kann also nur Ergebnis gemeinsamer Kämpfe sein. Aus gemeinsamen Kämpfen entsteht die Einheit der Auffassungen über alle Fragen."* (Hermann Matern: *Der Weg unserer Partei. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I, 1926-1956, Berlin 1963, S. 133f.*). Franz Dahlem erklärte im Januar 1946, *"daß wir kein Interesse daran haben, die linken Sozialdemokraten herauszuziehen, um das Entstehen einer rechten sozialdemokratischen*

Organisation zu fördern". (Zit. in: G. Benser: Die KPD im Jahr der Befreiung, S. 127).

Der vom ZA der SPD am 15. Juni erlassene Aufruf (Dok. 2) wies eine starke Übereinstimmung mit den KPD-Vorstellungen auf. Er stellte der Arbeiterklasse die Aufgabe, "Trägerin des Staatsgedankens" zu sein und zeichnete den Weg für die Zukunft vor: *"Demokratie in Staat und Gemeinden, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft"*. Die SPD betonte, *"den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse"* zu führen. (Dok. z. Gesch. d. SED, Bd. 2 1945-1971, Berlin 1989, S.21).

Schnell fanden beide Parteien für die weitere Arbeit mit der "Vereinbarung des ZA der SPD und des ZK der KPD vom 19. Juni 1945" (Dok. 4) eine gemeinsame Ebene. Betont wurde darin der ausdrückliche Wille, "in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus für die politische Einheit des werktätigen Volkes" einzutreten. (Dok. z. Gesch. d. SED, Bd. 2, S. 23).

Die **Mitgliederentwicklung** beider Parteien in der Provinz Brandenburg im Vergleich zu 1933 zeigte folgendes Bild:

	1933	November 1945	Dezember 1945
KPD	7 000	31 366	41 000
SPD	37 800	32 650	34 431

4. Im Vorfeld der Vereinigung (Juli bis Dezember 1945)

Nach der **Vereinbarung des ZA der SPD und des ZK der KPD vom 19. Juni 1945 über die Bildung eines gemeinsamen zentralen Arbeitsausschusses** stand die Tätigkeit beider Parteien im Zeichen der Aktionseinheit. Am 28. Juni fand in Brandenburg (Havel) eine erste gemeinsame Funktionärssitzung statt (Dok. 6), die zur Bildung eines Aktionsausschusses führte, der Anfang Juli 1945 einen Aufruf an die Werktätigen der Stadt erließ: *"Es gilt, einen unerbittlichen Kampf zu führen gegen diejenigen Elemente, die jemals den Versuch machen sollten, die Arbeiterklasse wieder voneinander zu trennen."* (BLHA, Rep. 333, III/3/3. In: Schulz /Urban/Wölk: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 129/130). Nachdem in einigen Kreisen gemeinsame Ausschüsse entstanden waren, bildeten im August 1945 die Bezirksleitungen von SPD und KPD einen **Arbeitsausschuß**, der sich am 1. September 1945 an die Bevölkerung der Provinz wandte: *"In der Erkenntnis, daß jede Wiederholung der politischen Fehler von 1918 zu neuer Uneinigkeit der*

**Im Zeichen der
Aktionseinheit**

Arbeiterschaft und damit zu einer neuen Katastrophe des deutschen Volkes führen muß, und in dem Willen, die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse vorzubereiten, haben die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg und der Bezirksvorstand Mark Brandenburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in kameradschaftlichen Besprechungen folgende Ergebnisse erzielt: Zur Herstellung eines engen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Parteien wird nach dem Beispiel ihrer Zentralinstanzen ein Arbeitsausschuß für die Provinz Mark Brandenburg gebildet, in den jede Partei fünf ständige Mitglieder entsendet." ("Volkswille", 15.9. 1945). Wie sehr diese Vereinbarung den Interessen der Mitglieder beider Parteien entsprach, zeigte sich daran, daß in kurzer Zeit in allen Kreisen und in vielen Orten solche Aktions- oder Arbeitsausschüsse entstanden, die sich nicht mit verbalen Einheitsbekundungen begnügten, sondern konkrete Aufgaben stellten (Vgl. u. a. Dok. 7).

Von ausschlaggebender Bedeutung für das Zusammenwachsen war die gemeinsame Arbeit bei der Lösung der anstehenden ökonomischen und politischen Aufgaben. Gemeinsam forderten sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter die Übergabe der Betriebe von Nazis und Kriegsverbrechern in die Hände des Volkes, so in Senftenberg, Hennigsdorf, Rüdersdorf, Brandenburg.

Die 2 204 Gemeinde-, 22 Kreis- und den 4 Bezirksbodenkommissionen, die maßgeblich die Bodenreform realisierten, bestanden zu 43,5 Prozent aus Kommunisten, zu 27,6 Prozent aus Sozialdemokraten, zu 4,1 Prozent aus Mitgliedern der LDP und zu 24,8 Prozent aus Parteilosen.

Während in der praktischen Arbeit des demokratischen Neuaufbaus eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten herrschte, gab es in der Frage des Zusammenschlusses - durch die historische Entwicklung bedingte - **Meinungsverschiedenheiten**. Vielen SPD-Mitgliedern war noch bewußt, daß die KPD 1931 gemeinsam mit NSDAP und Stahlhelm den Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung unterstützt, bis 1935 die Errichtung eines Sowjetdeutschland proklamiert und die Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten" diffamiert hatte; in der KPD dagegen lebte die Erinnerung an das Vorgehen Noskes 1919, an Polizeipräsident Zörgiebel, der den "Blutmai" 1929 provoziert und an Reichsinnenminister Severing, der 1929 den Roten Frontkämpferbund verboten hatte, aber Stahlhelm und SA gewähren ließ. Gemeinsam, und wohl mit die wesentlichste Triebkraft für das Einheitsstreben, war aber der Wille, aus den Fehlern beider Parteien zu lernen. Auf einer Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 28. September 1945 kritisierte Fred Oelßner, daß das Sektierertum noch nicht überwunden sei und vor allem "besonders stark im Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und zu Sozialdemokraten zum Ausdruck" kommt. *"Sobald nämlich die Verhältnisse sich etwas versteifen und neue Schwierigkeiten in der Aktionseinheit zwischen SPD und KPD auftauchen, kommt das*

alte Sektierertum plötzlich wieder bei den Genossen zum Vorschein, so daß man Meinungen hören kann: die Sozialdemokraten sind doch die alten geblieben. Darin liegt eine Berechtigung. Vieles, was die SPD macht, zeigt, daß sie aus der Vergangenheit unendlich viel weniger gelernt hat als wir. Aber dieses Sektierertum ist das Haupthindernis für die Durchführung der politischen Aufgaben der Partei, und es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Parteischulungsarbeit, dieses Sektierertum auszumerzen." (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Band 2, 1994, S. 60).

Zweifellos besaß die KPD im Sommer 1945, auch dank der Bevorzugung durch die Besatzungsmacht, einen organisatorischen und politischen Vorsprung. Doch nahm im Herbst die Stärke der SPD zu. Sie gewann an Selbstbewußtsein, forderte mehr Mitbestimmung und kritisierte die vielfach überproportionale Präsenz der Kommunisten in leitenden Stellungen. Solche Bedenken brachte u.a. Otto Grotewohl auf einer Kundgebung der Berliner Sozialdemokratie am 14. September zum Ausdruck: *"Den kommunistischen Arbeitern muß gesagt werden, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihrem sozialdemokratischen Kameraden keinen Verräter an den Klasseninteressen zu sehen. Ebenso rückhaltlos muß aber auch dem sozialdemokratischen Arbeiter gesagt werden, daß er an jeder Stelle vorbehaltlos und kameradschaftlich mit dem kommunistischen Kameraden zusammenzustehen hat."* (Otto Grotewohl: *Im Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze, I. Band, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 44*). Ähnlich äußerten sich auch Ebert und andere Funktionäre der Brandenburger SPD.

Parteilpolitische Zugehörigkeit der leitenden Angestellten Ende 1945 in der Provinz Mark Brandenburg:

		KPD	SPD	CDU	LDP	parteilos
Leitende Angestellte der Provinzialverwaltung	191	53	25	19	2	92
Oberlandräte	4	2	1	1	-	-
Landräte	22	12	8	-	-	2
Oberbürgermeister	9	6	3	-	-	-
Stadtbürgermeister von kreisangehörigen Städten	90	49	35	-	1	5

(Hans-Joachim Schreckenbach: *Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945. In: Brandenburg im Jahr 1945, Potsdam 1995, S. 258*).

Mitte September 1945 korrigierte das Sekretariat des ZK der KPD seine bisherigen Vorstellungen von einer längeren Periode des Vereinigungsprozesses. Auf einer Kundgebung der KPD am 19. September rief Wilhelm Pieck dazu auf, Kurs auf eine möglichst baldige Vereinigung zu nehmen.

**Gegner und
Befürworter**

Zweifellos gab es in beiden Parteien **Gegner und Befürworter der Einheit**; dazu kam die wachsende Unterstützung der Einheitsgegner in der SPD durch die West-SPD und ihren führenden Vertreter **Kurt Schumacher**, der sich auf einer Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre am 5. und 6. Oktober 1945 im Kloster Wennigsen bei Hannover zum Führer der SPD in den Westzonen bestätigen ließ und einen scharfen antikommunistischen Kurs steuerte. In beiden Parteien existierten Kräfte, die glaubten, der künftigen Einheitspartei ihren Stempel aufdrücken zu können. Der Zentralaussschuß der SPD zögerte verbindliche Zusagen hinaus, wollte Zeit gewinnen und verwies auch auf die Verhandlungen mit Schumacher. In den Vordergrund trat das Argument, daß die Vereinigung im "Reichsmaßstab" erfolgen müsse und daß darum die Entscheidung darüber nur auf einem Reichsparteitag gefällt werden könne. Dazu kam die Erwartung, bei kommenden Wahlen Mehrheiten zu erlangen, brachten doch Wahlen in Ungarn am 4. November und in Österreich am 25. November den Kommunisten Niederlagen, ebenso Betriebsrätewahlen in Berlin. Eines der Probleme, mit denen die Kommunisten zu ringen hatten, bestand darin, daß ihnen infolge des "traditionellen" **Antikommunismus** und ihres Bekenntnisses zur Sowjetunion und damit auch zur Reparationspflicht die allgemeine Not, die Schwierigkeiten sowie die Übergriffe von Rotarmisten auf die Bevölkerung unmittelbar angelastet wurden (Dok. 8). Es entbehrte durchaus nicht eines realen Hintergrundes, wie sich die KPD-Ortsgruppe Werlsee (Niederbarnim-Süd) am 14. September an die dortige SPD-Ortsgruppe wandte: *"Unsere Feststellungen gehen dahin, daß die Denkungsweise Eurer Genossen am Ort und die Einstellung zur Kommunistischen Partei und zur Roten Armee folgende ist:*

Wird jemandem ein Fahrrad geklaut = Schuld die KPD.

Werden jemandem die Scheiben eingeschmissen, Kartoffeln geklaut, eine Ziege gestohlen, Frauen überfallen usw. usw. = Das ist der Kommunismus.

Das ist die Tendenz, die in Euren Köpfen vertreten ist. Wir stellen fest, daß von Euch hier am Ort nichts getan wird, diese Dinge den Mitgliedern in einem wahren Licht hinzustellen." (BLHA, Rep. 333 II/2/1). Daß auch KPD-Funktionäre in **alte Denkmuster** zurückfielen, zeigen Auszüge aus einem Bericht von Sägebrecht vom 4. Oktober 1945, in dem Ebert beschuldigt wurde, die "alte arbeiterfeindliche profaschistische Politik" zu verteidigen. (Dok. 10). Doch die Quellen berichten, daß solche Äußerungen zeitweilige und regionale Einzelercheinungen blieben. Vorherrschend war das ernsthafte Bemühen, Konflikte zu überwinden und zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit mit dem Ziel

der Einheit zu gelangen. Die Bezirksleitung der KPD nahm auch selbstkritisch zu den Mängeln in den eigenen Reihen Stellung. So heißt es in einem Bericht an das ZK vom 16. November 1945: *"Trotzdem gibt es auch solche Fälle, wo heute noch nicht das nötige Verständnis bei unseren Genossen vorhanden ist für eine engere Zusammenarbeit mit der SPD am Orte... Obwohl es heute selten noch SPD-Arbeiter gibt, welche die Politik des ZK ablehnen, dafür aber oftmals unqualifizierte KPD-Genossen diese SPD-Arbeiter hindern, ein näheres Verhältnis zur Partei zu finden... Schlechte und abenteuerliche Elemente, welche sich in den letzten Monaten in die Partei eingeschlichen haben, gibt es vielerorts. Auch B. Ver [BV = KZ-Bezeichnung für "Berufsverbrecher", die Politische, aber auch Kriminelle sein konnten], welche aus dem KZ herausgekommen sind, versuchen durch viel Schwätzen und Reden... bei Kommandostellen der Roten Armee Einfluß zu bekommen und wirken ungeheuer diskreditierend."* (BLHA, Rep. 330, I/2/5).

Die Verhandlungen mit Schumacher endeten schließlich mit dem Ergebnis, daß er den Berliner ZA als Führungsgremium nicht anerkannte und die Einberufung eines Reichsparteitages ablehnte. Im Bunde mit den westlichen Besatzungsmächten bekämpfte Schumacher die auch in den Westzonen starken Einheitsbestrebungen. Darüber hinaus betrieb er seit Februar 1946 die Schaffung einer "Untergrundorganisation" in der SBZ, die dann auch als **"Ostbüro"** - eine Abteilung des SPD-Parteivorstandes - in Erscheinung trat und mit planmäßiger Sabotage- und Spionagetätigkeit begann. Nicht wenige Sozialdemokraten, die sich in diese Machenschaften einließen, waren Strafverfolgungen ausgesetzt (Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD, R. Oldenbourg Verlag, München 1991). Andererseits bot die subversive Tätigkeit dieses Ostbüros später der stalinistischen Führung in der SED geeignete Vorwände, gegen oppositionelle Kräfte in der Partei vorzugehen (Andreas Herbst: Ausweg in der Flucht gesucht. Sozialdemokraten in der SBZ/DDR: KARL DOERR/Als Verfechter der Einheit bejubelt, dann als Agent beschimpft, in: ND, 27./28.1.1996, S.11; ders.: "Ich habe mir nichts vorzuwerfen..." Sozialdemokraten in der SBZ/DDR: Der Fall WILLI HOCKENHOLZ/ Ein Verfechter der Einheit als "Agent entlarvt", in: ND, 3./4.2.1996, S.11).

5. Auf dem Wege zur Vereinigung (Januar - April 1946)

Am **20. und 21. Dezember 1945** trafen sich im Gebäude des ZA der SPD in der Behrensstraße in Berlin je 30 führende Vertreter der KPD und der SPD - darum **erste 60er-Konferenz** - zur Beratung und Beschlußfassung über den weiteren Weg. Freimütig wurden hier auch die Vorbehalte und Kritiken der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten diskutiert. Die KPD zog ihre Forderung nach gemeinsamen Listen bei kommenden Wahlen zurück und bestand nicht auf Festsetzung eines Termins für die Vereinigung, die aber grundsätzlich von beiden Seiten weiter gefördert werden

**Paritätische
Konferenzen**

sollte. Dazu bildete man eine paritätische **Studienkommission**, zu der die Sozialdemokraten Otto Grotewohl, Max Fechner, Gustav Dahrendorf, Helmuth Lehmann und die Kommunisten Wilhelm Pieck, Anton Ackermann, Franz Dahlem, Walter Ulbricht gehörten. Nachdem Dahrendorf zur SPD-Opposition nach Westberlin überwechselte, wurde sein Platz von Erich W. Gniffke eingenommen. Eine gemeinsame EntschlieÙung orientierte auf ein Programm, das *"im Minimum die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik" bestimmen sollte, im Maximum "die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus..., wie sie im 'Kommunistischen Manifest', im Eisenacher Programm der Deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind."* (Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?, S. 161).

Die Ergebnisse der ersten 60er Konferenz förderten die Einheitsbewegung, führten zu einem **verstärkten Druck aus der Basis auf die Leitungen**, aktivierten aber auch die Einheitsgegner. Ständig wuchs die Zahl der **Zustimmungserklärungen**. Bereits am 29. Dezember begrüÙten die KPD- und SPD-Funktionäre von Rüdersdorf die Konferenz und forderten die Einheit der beiden Parteien. Eine gemeinsame Funktionärkonferenz in Senftenberg am 30. Dezember 1945 erklärte: *"Die Arbeiterschaft fordert nicht Parität, sondern Verschmelzung beider Parteien zu einer Arbeiterpartei."* (Dok. 18). Zustimmung kam am 6. Januar 1946 aus gemeinsamen Mitgliederversammlungen und Funktionärsitzungen in den Kreisen Westprignitz/Wittenberge. (Dok. 23). Die Kreisleitungen von SPD und KPD Cottbus Stadt und Land stellten sich auf einer gemeinsamen Arbeitstagung am 7. Januar *"einmütig auf den Boden der EntschlieÙung über die zweite Phase der Einheit, welche am 21. Dezember 1945...einmütig niedergelegt worden ist."* (BLHA, Rep. 330 I/2/14).

Eine gemeinsame Funktionärskonferenz am 7. Januar 1946 im Volkshaus in Brandenburg mit 350-360 Teilnehmern stellte sich nach Referaten von Ernst Altenkirch (KPD) und Paul Voigt (SPD) und anschließender Diskussion einstimmig auf den Boden der zentralen Festlegungen vom 21. Dezember 1945 und erklärte: *"Alle noch bestehenden Differenzen und Unklarheiten gilt es in kameradschaftlicher und sachlicher Weise zu überwinden. Dem großen Ziel der organisatorischen Einheit müssen alle kleinlichen Bedenken und Differenzen untergeordnet werden."* (BLHA, Rep 333, III/3/3; vgl. Dok. 21).

Auf einer gemeinsamen Funktionärskonferenz des Kreises Niederbarnim am 1. Februar 1946 sagte der 77jährige Sozialdemokrat Georg Schöpflin (vgl. Kurzbiographie), der bis 1932 dem Reichstag angehört hatte: *"Aus der Vergangenheit der Sozialdemokratie sind noch Dinge da, die nicht so leicht zu überwinden sind, ebenso auch bei der Kommunistischen Partei. Das muß sich hüben wie drüben langsam abschleifen. Wenn wir uns aber vornehmen,*

das wir das alles kameradschaftlich durchdiskutieren, dann ist das kein Schade, sondern ein kolossaler Gewinn. Dazu gehört wirkliche Offenheit und wirkliche Kameradschaftlichkeit. So stelle ich mir unsere nächste Tätigkeit innerhalb unserer Reihen vor." (BLHA, Rep. 333, III/3/4).

In der Entschließung der gemeinsamen Kreisdelegiertenkonferenz am 24. März 1946 in Guben hieß es: *"In allen Mitgliederversammlungen beider Parteien wurde ausnahmslos der Vereinigung zugestimmt. Es wurden Delegierte zu einer gemeinsamen Kreisdelegiertenkonferenz gewählt..."*

Die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien ist keine Blutspende einer Partei für die andere, sondern die gemeinsame Blutspende für die Verwirklichung unseres gemeinsamen Zieles, für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die allein Frieden, materiellen und kulturellen Wohlstand für das deutsche Volk bringen wird." ("Der Märker", Nr. 39, 2.4.46). Ähnliche Bekundungen kamen aus allen Teilen der Provinz (Vgl. Dokumentation).

Allerdings traten auch die **Kritiker und Gegner der Vereinigung**, vor allem im Umfeld von Berlin, verstärkt auf den Plan. Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Stahnsdorf nahm am 29. Dezember 1945 *"mit tiefstem Befremden, ja mit Bestürzung"* von *"dem Beschluß der Sechzig-Männer-Konferenz"* Kenntnis und verlangte *"sofortige Einberufung eines Reichsparteitages und die Außerkraftsetzung des Berliner Beschlusses"*. (BLHA, Rep. 331, II/2/15).

SPD für Reichsparteitag

Die SPD-Kreisvorstände Potsdam und Belzig sowie der Ortsverein Zehdenick forderten die Durchführung von Urabstimmungen vor der Vereinigung. In einem Schreiben der SPD-Ortsgruppe Oranienburg an Grotewohl vom 20. Februar 1946 hieß es: *"Es sind noch längst nicht alle Voraussetzungen geschaffen, schon jetzt so überstürzt zu einem sofortigen Parteitag in der östlichen Zone zu schreiten."* (SAPMO-BArch, ZPA, II/2/10). Die SPD-Ortsgruppe Woltersdorf beschwerte sich beim ZA und beim Provinzialvorstand am 11. Januar 1946 über die örtliche KPD: *"Bei Stimmengleichheit im Aktionsausschuß erklärten sie, daß sie sich die Zustimmung beim Kommandanten beschaffen werden. Sie binden sich an keine schriftliche sowie mündliche Vereinbarung... Sie nehmen Neueinstellungen vor, um dafür unsere Parteigenossen auf die Straße zu setzen. Wir können uns nicht durchsetzen, da sie bei jeder Gelegenheit mit der Roten Armee drohen. Der 1. und 2. Vorsitzende unserer Ortsgruppe ist deswegen schon einmal nach Rüdersdorf gebracht worden... In dem Kongreß des FDGB in Bernau wurden vom Genossen Meckemüller von der KPD unsere Genossen Severing und Noske als Arbeiterverräter hingestellt... Es wurde von unseren Genossen in dieser Sitzung betont, daß solche Angriffe eine Verschmelzung der beiden Parteien nicht fördern."* (SAPMO-BArch, ZPA, NL 191/1).

Andererseits protestierte die KPD-Betriebsgruppe der Stadtverwaltung Cottbus am 14. Januar 1946 dagegen, daß bei den Gewerkschaftswahlen seitens der SPD *"eine Linie bezogen wurde, welche nicht im Sinne der Einheit der*

Arbeiterklasse liegt. Als Beweis sind die mit Nummern versehenen und verteilten Zettel, die die nummernmäßig aufgeführten Kandidaten enthalten, als die Kandidaten der SPD bezeichnet worden. Die Funktionäre der Betriebsgruppe bedauern, daß sich die Genossen der Bruderpartei nicht an die Beschlüsse der Zentralkörperschaft der beiden Arbeiterparteien gehalten haben." (BLHA, Rep. 330 I/2/13).

Es kam nicht selten vor, daß **sowjetische Offiziere Druck ausübten** und die SPD behinderten. Nachdem Ebert sich schriftlich beschwert hatte, gab es am 5. Februar 1946 in der SMA in Potsdam eine Unterredung zwischen Generalmajor Sharow und Oberstleutnant Milchiker sowie Sägebrecht und Ebert, in der Sharow zusagte, Verstöße und ungerechtfertigte Eingriffe sofort zu unterbinden (Dok. 29).

Die vorliegenden Quellen lassen den Schluß zu, daß sich im Frühjahr 1946 **ein großer Teil der Sozialdemokraten und Kommunisten auch emotional zur Einheit der Arbeiterparteien bekannte**, daß ein weiterer **großer Teil die Einheit als eine notwendige Konsequenz aus den Lehren der Geschichte sah und ihr zustimmte**, wenngleich noch gewisse **Vorbehalte** bestanden. Dabei muß man auch berücksichtigen, daß schon zur Jahreswende 1945/1946 in der SBZ KPD wie SPD in der übergroßen Mehrzahl aus Mitgliedern bestanden, die sich erst nach der Befreiung den Parteien angeschlossen hatten. Für die Masse der künftigen Mitglieder der Einheitspartei war somit eine Option für den Zusammenschluß von KPD und SPD nicht oder nur bedingt mit Erhalt oder Preisgabe einer kommunistischen bzw. einer sozialdemokratischen Identität und Tradition verbunden. Eher das Gegenteil: Nach den Erlebnissen von Faschismus und Krieg wirkte die **Losung der Einheit auf viele jüngere Menschen anziehend und motivierend**.

Nachdem der ZA der SPD am 15. Januar 1946 erklärt hatte, daß nur ein Reichsparteitag die Vereinigung beschließen könne, faßte er nach eingehenden Beratungen mit den Vertretern der Bezirke am 11. Februar den Beschluß, den 40. Parteitag der SPD für die SBZ einzuberufen, da es sich herausgestellt hatte, daß ein gesamtdeutscher Parteitag unmöglich geworden war.

Am **26. Februar 1946 tagte in Berlin die zweite 60er Konferenz**. Sie billigte die Entwürfe für die **Grundsätze und Ziele** und für das **Statut** der Sozialistischen Einheitspartei und unterbreitete sie allen Mitgliedern zur Diskussion. Sie beauftragte die Parteiführungen, den Vereinigungsparteitag für den 21. und 22. April 1946 vorzubereiten.

**Im Zeichen des
Vereinigungs-
parteitages**

Am 2. und 3. März 1946 führte die KPD in Berlin eine von ca 400 Delegierten besuchte **Reichskonferenz** durch, die die Tätigkeit des ZK zur Vorbereitung der Vereinigung mit der SPD wie auch die vorliegenden Entwürfe der Grundsätze und Ziele sowie des Statuts billigte. Sie stimmte dem Vorschlag zu, für den 19. und 20. April 1946 den 15. Parteitag der KPD einzuberufen.

Der **Parteiausschuß der SPD**, der sich aus dem ZA und Vertretern der Bezirke

zusammensetzte, billigte am 12. März die Arbeit des ZA und *"nahm Kenntnis von dem Beschluß der Berliner Funktionärerversammlung vom 1. März 1946 über die Durchführung einer Urabstimmung. Von der in diesem Beschluß ausgesprochenen Empfehlung, in den Ländern und Provinzen des sowjetischen Okkupationsgebietes eine Urabstimmung vorzunehmen, ist er grundsätzlich und aus technischen Gründen nicht in der Lage, Gebrauch zu machen. Abstimmungen dieser Art können den Beschlüssen des Parteitages nicht vorgehen."*

Um dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Mitglieder weitgehendst Rechnung zu tragen, hält es der Parteiausschuß für erforderlich, die Zahl der Delegierten für die Bezirksparteitage so groß zu wählen, wie es technisch möglich ist. Er beschließt daher, daß auf je 100 Mitglieder ein Delegierter zu wählen ist. Bevor die Delegierten zu den Bezirksparteitagen gewählt werden, muß eine Beratung in den Abteilungen und Kreisorganisationen über den vorgelegten Entwurf der Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei und den Entwurf des Parteistatuts erfolgen.

Der Parteiausschuß billigt die Haltung des Zentralausschusses und spricht ihm sein Vertrauen aus. Er ermächtigt den Zentralausschuß, falls erforderlich, gemäß § 7 der Satzungen alle Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß eine organisierte Opposition die demokratischen Prinzipien der Partei verletzt." (SAPMO-BArch NY 4036/632).

Am 31. März 1946 führte ein oppositionelles SPD-Zentrum in Charlottenburg in den **Berliner Westsektoren eine Urabstimmung** durch. - Anlässlich des 40. Jahrestages dieses Vorgangs, am 30. September 1985, verabschiedete das Präsidium der SPD in Bonn eine Erklärung, in der es hieß: *"Am 31. März 1946 fand die Urabstimmung der Berliner SPD statt, in der sich 82,2 Prozent ihrer Mitglieder gegen die Zwangsverschmelzung aussprachen." (Vor 40 Jahren. Zur erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD in der SBZ 1946, Bonn 1990, Neuaufl., S. 29). Diese Feststellung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß die dort gestellte Frage "Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien?" zwar von 82,3 Prozent der Abstimmungsteilnehmer verneint wurde, doch repräsentierten diese nur 47,7 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 28,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß Berlins. Demgegenüber wurde die Frage "Bist Du für ein Bündnis beider Arbeiterparteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?" nur von 24,8 Prozent der Abstimmungsteilnehmer verneint, die 14,4 Prozent der Westberliner Sozialdemokraten und 8,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß Berlins ausmachten. "Was die Ergebnisse der Urabstimmung unanfechtbar belegen, ist erstens die Tatsache, daß in Berlin große Teile der Sozialdemokraten dem Zentralausschuß die Gefolgschaft aufgekündigt hatten und den von ihm eingeschlagenen Weg in die Einheitspartei nicht mitgehen wollten. Zweitens weisen sie aus, daß selbst diese Sozialdemokraten mehrheitlich eine Neuauflage des 'Bruderkampfes' zwischen SPD und KPD ablehnten und ein Zusammengehen*

**Urabstimmung in
Berliner
Westsektoren**

beider Parteien erwarteten. Das Votum für Gemeinsamkeit trotz vorhandener Differenzen ist von den Initiatoren der Urabstimmung zu keiner Zeit als Richtschnur politischen Handelns respektiert worden." (Erklärung der Historischen Kommission der PDS).

Vereinigungsparteitag in der Provinz Brandenburg

Zur Vorbereitung der Vereinigung fanden in allen Ländern und Provinzen des SBZ Orts- und Betriebsgruppenversammlungen, Kreisdelegiertenkonferenzen und Bezirksparteitage beider Parteien, anschließend die Vereinigungsparteitage statt (Dok. 31-39). Die vorhandenen Protokolle sagen aus, daß es **zumeist einstimmige, aber auch mehrheitliche Zustimmungen** gab. Die brandenburgischen Delegierten trafen sich in Potsdam am 6. April zu ihren Bezirksparteitagen sowie am 7. April zum Vereinigungsparteitag. Tagungsort der SPD war das "Gesellschaftshaus" in der Zimmerstraße (später Hans-Otto-Theater), der KPD das Karstadt-Haus (Kaufhaus) in der Brandenburger Straße, zur Vereinigung fand man sich im Gesellschaftshaus zusammen.

Auf dem **gemeinsamen Parteitag am 7. April 1946 in Potsdam** wurden Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht als gleichberechtigte Vorsitzende sowie 40 Delegierte (paritätisch) in den Vorstand gewählt. Zum engeren Vorstand gehörten

aus der KPD	aus der SPD
Willy Sägebrecht	Friedrich Ebert
Franz Brüning	Max Homa
Bruno Brockhoff	Karl Gadow
Gerda Sucker	Else Bauer
Helene Friedrich	Emmi Pitz
Willy Seeger	Richard Küter

Zu den Wegbereitern der Vereinigung in Brandenburg gehörten aus beiden Parteien verdienstvolle Genossen, vielfach bewährt in der Arbeiterbewegung, einzelne noch aus den Zeiten Bebels. Viele von ihnen waren in der Weimarer Republik Abgeordnete auf allen Ebenen, vom Reichstag bis zur Gemeinde. Aus der SPD kamen Heino Brandes, Eugen Ernst, Georg Schöpflin, Georg Spiegel, Dr. Karl Steinhoff, Otto Meier, August Karsten, Paul Bismark, Bruno Rehdorf, Franz Ruschen; aus der KPD kamen Max und Mia Herm, Kurt Seibt, Ernst Altenkirch, Robert Neddermeyer, Franz Möricke, Arthur Wölk, Otto Wiesner und andere (vgl. auch Kurzbiographien).

6. Programm und Statut der Einheitspartei

Nach der mehrheitlichen Zustimmung aller Parteigremien der Provinz Brandenburg beschloß der **Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946** in Berlin auch mit den Stimmen der Brandenburger Delegierten die Vereinigung beider Parteien. Die Beschlüsse über die Konstituierung der SED sowie die "Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" und ein Manifest an das deutsche Volk wurden von den 1055 Delegierten einstimmig verabschiedet. Das Parteistatut fand 21 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen.

**Vereinigung am
21./22. April 1946**

Die den Charakter der Partei prägenden Dokumente, seit Dezember 1945 in der Studienkommission vorbereitet, waren seit Februar 1946 in den Organisationen beider Parteien beraten worden, nachdem sowohl der "Märker" (SPD) als auch der "Volkswille" (KPD) sie am 23. Februar veröffentlicht hatten. In den Aussprachen waren die unterschiedlichsten Standpunkte sichtbar geworden, auch verschieden in den Parteien selbst. Aus den zahlreichen protokollarischen Niederschriften wird jedoch eine Reihe von Gemeinsamkeiten sichtbar, die das Gesicht der Einheitspartei prägten:

- * Die Erfahrungen seit 1918, besonders aber seit 1933 mit der bittersten Niederlage beider Parteien;
- * erste Lehren beider Parteien für die Gegenwartsaufgaben, vor allem aber die Einsicht aus dieser noch lebendigen Erfahrung, daß nur gemeinsames Handeln gegen die Kräfte des Kapitals zum Erfolg führt;
- * Kenntnisse aus anderen programmatischen Dokumenten beider Parteien - Erfurter Programm der SPD (1891), Prager Manifest der SPD (1934), Brüsseler (1935) und Berner (1939) Parteikonferenz der KPD (wobei die damaligen Kenntnisse der Mitglieder beider Parteien zu diesen Fragen nicht überschätzt werden sollten);
- * ein teilweise gemeinsamer und zugleich unterschiedlicher theoretischer Erkenntnisstand vor allem zu Grundwerten des Marxismus, zu den politischen und theoretischen Positionen der Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende einerseits sowie zur marxistisch-leninistischen Theorie andererseits;
- * eine zunehmende gemeinsame und mehrheitlich getragene Position zur ökonomischen und politischen Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen, vor allem im Beziehungsgeflecht Besatzungsmächte und bestimmende politische Kräfte.

Die Diskussion der Dokumente prägte wesentlich den Prozeß des Aufeinanderzugehens der Mitgliedschaft beider Parteien. Wenn auch häufig kontrovers in der Debatte, hatte sich letztlich mehrheitlich eine gemeinsame Grundposition

durchgesetzt, sicher zunächst vor allem in den Führungsgremien beider Parteien und im gegenseitigen Vertrauen zueinander. Auf ihren letzten Parteitagen in der Provinz Brandenburg hatten sich die beiden Spitzenfunktionäre des Landes zu diesem Prozeß geäußert. Friedrich Ebert hatte auf dem SPD-Parteitag gesagt: *"Wo wären wir hingekommen, welche Ausmaße hätte wohl das Elend in unseren Städten... angenommen, wenn auch unsere Bergarbeiter und Bauern über den Nöten der Zeit das große Ziel aus dem Auge verloren und statt mit ruhiger Sachlichkeit mit einer zur Weißglut gesteigerten Leidenschaft z. B. die Frage der Einigung der Arbeiterklasse behandelt hätten.*

Auch wir 'Provinzler' kennen unseren Marx, auch wir wollen Demokratie und werden sie gegen jeden Angriff zu verteidigen wissen. Auch wir haben mit Liebe und Hingabe unsere Sozialdemokratische Partei wieder aufgebaut, auch wir schätzen den Meinungsstreit und achten jede ehrliche Überzeugung." (F. Ebert: *Tätigkeitsbericht an den Bezirksparteitag Provinz Brandenburg, SAPMO-BArch., 0428/II 3/3/2/1*). Und Willy Sägebrecht hatte auf dem letzten Provinzialparteitag der KPD zur gleichen Problematik erklärt: *"Dort, wo wir in fester und kameradschaftlicher Aktionseinheit standen, vollzog sich im Kreis die Verschmelzung leicht, im Gegensatz dort, wo wir die alte sektiererische Politik weiterführten, z. B. Monopol in der Verwaltung... Aber Genossen, auch das möchte (ich) hier noch einmal klar und unmißverständlich aussprechen, wir gehen nicht in die neue sozialistische Einheitspartei überheblich und von unserer bisherigen Arbeit berauscht, sondern vorbildlich, kameradschaftlich und diszipliniert. Wir kennen in der Sozialistischen Einheitspartei keinen Unterschied von Genossen... sondern wir kennen nur Genossen der Sozialistischen Einheitspartei."* (Sägebrecht, *Rede auf dem Provinzialparteitag der KPD, SAPMO-BArch, 0428/II.3.2.1*).

In den **"Grundsätzen und Zielen"**, der programmatischen Plattform der Partei, wurden die wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Partei formuliert. **Zentrale Frage war die Einheit Deutschlands, die Erkämpfung einer antifaschistisch geprägten parlamentarisch-demokratischen Republik.** Aus dieser Grundaufgabe leitete das Programm die wichtigsten und nächstliegenden Aufgaben ab, die vor allem von den ökonomischen Forderungen her dem antifaschistisch-demokratischen Staatswesen das Gepräge geben sollten:

- * Bestrafung der Kriegsschuldigen, Entnazifizierung des öffentlichen Lebens;
- * Beseitigung der kapitalistischen Monopole;
- * Entmachtung der Großgrundbesitzer;
- * Überführung der öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze, Bergwerke, Banken, Sparkassen, Versicherungen in den Besitz des Volkes.

Diese Schritte sollten verbunden sein mit dem Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane auf der Grundlage demokratischer Wahlen, deren vordringlichste Aufgaben der Wiederaufbau der Wirtschaft sowie Reformen im Bildungswesen und im Justizwesen sein sollten. Beide Parteien einte eine **gemeinsame Zukunftsvorstellung - der Sozialismus**. Im Programm wurde über die Gegenwartsforderungen hinaus, die noch nicht die Aufhebung des Systems der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung bedeuteten, die Vorstellung von einer sozialistischen Ordnung entwickelt, in der "die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung" gewährleistet sein wird. (Dokumente der Einheit. Sonderausgabe der SED Provinzialverband Mark Brandenburg, Berlin 1946, S. 6).

**Gemeinsame
Zukunftsvorstellungen
beider
Parteien**

In den "Grundsätzen und Zielen" wurde diese Aufgabe durch politische Forderungen präzisiert,

1. durch "die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion" (Dok. d. Einheit, S. 7). Mit dieser Formulierung übernahm der Vereinigungsparteitag fast wörtlich die Aufgabenstellung aus dem Erfurter Parteiprogramm der SPD (Dok. d. SED, Band 1, S. 114);
2. durch die Aussagen zu ihren Machtvorstellungen, deren sozialer Grundlage sowie die Orientierung, wie diese Macht zu erobern ist:
 - ° Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.
 - ° Die SED kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.
 - ° Die SED erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt. (Dok. d. Einheit, S.7).

Im Programm dominierten somit demokratische Grundsätze und Auffassungen. Es wurden wesentliche Vorstellungen aus dem Erfurter Programm übernommen sowie auch neue programmatische Ansätze aus KPD-Programmen, besonders jene von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus - bei Ablehnung der Übernahme des Sowjetsystems.

**Demokratischer
Weg zum
Sozialismus**

Einige Elemente aus **ursprünglichen KPD-Entwürfen** für die Grundsätze und Ziele der Einheitspartei wurden nicht übernommen, so das Bekenntnis zum Leninismus und zur besonderen Rolle der KPdSU (B), kommunistische Urteile

über die Ursachen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, kommunistische Urteile über das Wirken von KPD und SPD seit der Novemberrevolution. Ein Tabu blieben zu dieser Zeit die stalinistischen Verbrechen in der Sowjetunion, was sich als schwere Belastung erwiesen sollte. Aus den Quellen der KPD ist die widersprüchliche Haltung der Parteiführung erkennbar. Nicht vordringlich aus neugewonnenen Erkenntnissen entstand dieser Kompromiß, sondern aus Erwägungen bei leitenden Funktionären der KPD, daß das Beharren auf solchen Grundsätzen aus der Theorieauffassung der Komintern die Vereinigung gefährden, sie sogar unmöglich machen könnte.

In den Grundsätzen und Zielen wurde in einem besonderen Abschnitt die SED in ihrem **Selbstverständnis** charakterisiert. Das Dokument verwies darauf, daß sie sich bei ihren Zielvorstellungen "ihrer historischen Mission" verpflichtet fühlt, sich als Partei der Arbeiterklasse versteht, die ihren Kampf "nur erfolgreich führen (kann), wenn sie die besten und fortschrittlichsten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur Partei des schaffenden Volkes wird." (Dok. d. Einheit, S. 7). Diesem Ansatz wurde das innerparteiliche demokratische Prinzip angefügt, daß die Partei auf dem "demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder" beruht, "der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse." (Dok. d. Einheit, S. 8).

**Demokratische
Regeln
bestimmen
innerparteiliches
Handeln**

Das auf dem Vereinigungsparteitag mehrheitlich bestätigte **Statut** präziserte diesen demokratischen Grundkonsens. Den Bericht der Statutenkommission gab auf dem Parteitag der Brandenburger Delegierte Paul Szillat (der später die SBZ und die SED verließ und sich in die Westzonen begab). Sein Bericht wie auch das Abstimmungsergebnis widerspiegelten die Diskussion, in der besonders unterschiedliche Auffassungen in der Frage der Stellung von Wohngebiets- und Betriebsgruppen vorgetragen wurden. Die statutarischen Regularien waren insgesamt darauf ausgerichtet, dem innerparteilichen Leben ein hohes Maß demokratischer Willensbildung und Verhaltensweisen zu gewährleisten, ohne ein ausdrückliches weltanschauliches Bekenntnis, mit demokratischen Rechten einschließlich der Möglichkeit geheimer Abstimmungen und der Wirksamkeit von Parteischiedsgerichten zur Beilegung von Konflikten. Die Partei stand allen Werktätigen offen, und die festgeschriebene Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Wahrnehmung von Wahlfunktionen und für die Parteiämter war allgemeine Praxis in der Partei.

Die Gründungsdokumente der SED sind, sowohl von ihrem demokratischen Willensbildungsprozeß wie auch von ihren Aussagen her, das Spiegelbild des Wollens der Parteimehrheit. Sie sagen aus, daß die **SED zu dieser Zeit "zunächst überwiegend den Charakter einer sozialistischen Volkspartei"** hatte. (Erklärung der Historischen Kommission der PDS).

Der SED gehörten zum Zeitpunkt ihrer Gründung etwa 1,3 Millionen Mitglieder an. Durch ihre programmatischen Zielvorstellungen und durch das Wirken ihrer Mitglieder gewann sie zunächst in wachsendem Maße Vertrauen in der Bevölkerung, sie wurde über den Rahmen der Partei hinaus von einer beträchtlichen Mehrheit der Bevölkerung im Osten Deutschlands angenommen. Die Entwicklung der SED im Jahr nach der Vereinigung zeugte auch in der Provinz Brandenburg davon, daß sowohl ihre "Grundsätze und Ziele", vor allem wohl aber die Arbeit ihrer Mitglieder auf allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Partei für viele Menschen attraktiv machte.

**SED im
Gründungsver-
ständnis - sozia-
listische
Volkspartei**

Bei den **Landtagswahlen am 20. Oktober 1946** wurde die SED in der Provinz Brandenburg die wählerstärkste Partei.

Zahl der abgegebenen Stimmen	1 446 631
Davon SED	634 786

Das waren 44 % aller Stimmen. Mit ihren 44 Abgeordneten wurde sie die stärkste Fraktion im Landtag. (Vgl. Freundschaft - Werden und Wachsen, 1945 - 1949, Bd. 1, S 137 ff. Hrsg. Staatsarchiv Potsdam, Eingel. und ausgew.: Friedrich Beck, Kurt Libera, Hans Joachim Schreckenbach, Werner Wölk, Potsdam 1975).

Zahl der SED-Mitglieder April 1946 in Brandenburg	144 029
Davon kamen aus der SPD	78 707
Davon kamen aus der KPD	65 322
Zahl der SED-Mitglieder April 1947 in Brandenburg	206 416
Neueingetretene von April 1946 - April 1947	64 400

Im April 1947 gab es in der Provinz 2 133 Ortsgruppen und 1 157 Betriebsgruppen der SED. In den demokratischen Verwaltungsorganen wirkten 1 973 SED-Mitglieder in leitenden Stellungen (von 2 679 insgesamt). Davon kamen 685 aus der SPD, 570 aus der KPD, 718 waren erst nach der Vereinigung in die SED eingetreten. In der Provinz gab es zu dieser Zeit 1 611 Gemeindebürgermeister, die Mitglied der SED waren; 558 hatten der SPD angehört, 419 der KPD, 718 waren erst nach der Vereinigung beigetreten. (Vgl. BLHA Rep. 332/LIV/1/2, Landesleitung SED).

Die Sicht auf die wesentliche Seite des Vereinigungsprozesses erfordert zugleich, den **Blick auf die hemmenden Faktoren, auf die Belastungen dieses historischen Prozesses** zu richten. Die handelnden Menschen waren in Bedingungen eingebettet, die ihnen Zwänge auferlegten, die dem Wirken der Akteure und der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen Grenzen zogen. Äußere Zwänge gingen zunächst von der

**Blick auf hemmen-
de Faktoren**

Besatzungsmacht mit dem von ihr festgelegten Besatzungsrecht aus. Diese Bedingungen führten sowohl zur Bevorteilung als auch zur Benachteiligung der beiden Seiten dieses Prozesses, eher jedoch zur permanenten Bevorteilung der KPD, die in der Konzeption der Nachkriegspolitik der Sowjetunion eine vor allem den sowjetischen Interessen dienende Funktion hatte. Bedingt durch diese Situation gab es administratives und direktes Eingreifen, gab es **psychologischen und administrativen Druck gegen Kritiker des Vereinigungsprozesses und in der Folge auch Inhaftierungen und Verurteilungen**. Diese Belastung wird auch nicht dadurch gemildert, daß es zugleich viele Beispiele fairen und sachlichen Verhaltens von Offizieren der Besatzungsmacht gab.

Es lag in der Natur dieses Vereinigungsprozesses, daß beide Parteien zunächst von ihren historisch gewachsenen Positionen ausgingen, jede Partei sich selbst als die wichtigste Seite des Vereinigungsprozesses hielt und um einen Vorteil für sich rang. Für Meinungsstreit und Prozeß der Annäherung mußte dies nicht hinderlich sein, hatte doch Grotewohl am 14. September 1945 selbst erklärt: *"Wenn schon ein Wettbewerb stattfinden soll, dann darf es nur der Wettbewerb um die höhere und bessere sachliche Leistung sein."* (O. Grotewohl: *Im Kampf um Deutschland, I. Band, S. 45*). Und es fand unter diesen Bedingungen zunächst auf allen Ebenen eine Annäherung statt, auf der Basis gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens.

Keime großer Gefahren für die Zukunft

Doch die Gewichte verlagerten sich in den nächsten zwei Jahren. *"Gleichwohl wurden in der SED auf nahezu allen Ebenen Funktionäre tonangebend, die ihre politische Prägung durch die Komintern erfahren hatten. Deren Dominanz erwuchs vor allem aus ihrer enormen politischen Energie, aus ihrem Umgang mit den politischen Apparaten, besonders auf dem Felde der Kaderpolitik, aus ihrer Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht."* (Erklärung der Historischen Kommission der PDS). Diese Situation barg Keime großer Gefahren in sich, die den demokratisch-sozialistischen Beginn aushebeln konnten und in der Tat ab 1948 mit der Entwicklung der SED zur "Partei neuen Typus" auch aushebelten.

Indes kann **diese spätere Entwicklung nicht das Hauptkriterium für die Beurteilung des Ausgangspunktes und seiner demokratischen Grundlagen** sein. Das demokratische Handeln sowie das demokratische Selbstverständnis hatten ein breites Spektrum. In allen Organisationen beider Parteien wurden Regularien und Instrumentarien demokratischer Willensbildung angewendet, von der Information, der Diskussion, dem Meinungsstreit und der individuellen und kollektiven Entscheidungsfindung bis zur Abstimmung - offen oder auch geheim. Dabei stützten sich die Mitglieder sowohl auf vorhandene Satzungen als auch auf Erfahrungen, die von den älteren Mitgliedern aus der Zeit der Weimarer Republik vorhanden waren oder übernommen wurden. Auf dieser Grundlage gingen die Mitglieder beider Parteien aufeinander zu in der Überzeugung, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden.

7. Fazit der Vereinigung in Brandenburg, Erkenntnisse, Lehren

Der historischen Wahrheit kommt wohl die Wertung sehr nahe, die Georg Ebert, ein Sohn Friedrich Eberts, Mitverfasser der Schrift "Friedrich Ebert und die Einheit der beiden Arbeiterparteien", 1992 vornahm. Von der Widersprüchlichkeit des Gesamtprozesses ausgehend, verneinte er den Begriff "Zwangsvereinigung". *"Dies verbietet sich, da unter Sozialdemokraten die Auffassung, daß das Wiederaufleben reaktionärer Kräfte nur durch eine von der einheitlichen Arbeiterbewegung getragene neue Demokratie zu verhindern sei, weit verbreitet war. Diese Erkenntnis führte viele Sozialdemokraten trotz vorhandener Differenzen mit der KPD dazu, aktiv mit den Kommunisten in der Schaffung einer Partei, die in der Lage ist, die anstehenden Probleme beim Wiederaufbau Deutschlands zu bewältigen, zusammenzuarbeiten."* (Friedrich Ebert und die Einheit der beiden Arbeiterparteien, hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg, Potsdam 1992, S. 16).

Diese Grundaussage trifft auch auf die Kommunisten zu, betrachtet man ihr zeithistorisches Bestreben nicht nur einseitig im Zusammenhang mit Vorteilen durch Beziehungen zur Besatzungsmacht, sondern ihr subjektiv ehrliches Wollen, für ein neues demokratisches Deutschland zu wirken. Dieses Streben der Mehrheit beider Parteien auf dem Hintergrund des historisch geprägten Einheitsdranges drückte sich im Programm und Statut aus, mit denen sich die Gesamtpartei identifizierte.

In der Frage der Stellung zur Vereinigung von SPD und KPD vor 50 Jahren und der daraus hervorgehenden Konsequenzen schließen sich die Autoren den ausgewogenen Feststellungen an, die der PDS-Bundesvorsitzende Lothar Bisky auf der **2. Tagung des 4. Bundesparteitages** zum Ausdruck gebracht hat:

**4. Bundesparteitag
der PDS zur
Vereinigung**

"Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien war dem Wesen nach ein Vorgang, der dem Geist des gerade beginnenden Kalten Krieges widersprach... Nichts wäre schlimmer, als dieses historische Ereignis und seine Folgen heute wieder nur in den Kategorien des Kalten Krieges zu bewerten.: Schwarz - oder weiß; gut - oder böse.

Die Folge wäre, daß eine Debatte über die Vergangenheit die Diskussion über das Heute und das Morgen blockiert. Das wäre falsch.

In einer Frage allerdings gibt es eine klare unzweideutige Position:

Die Entwicklung der SED führte zur Unterdrückung demokratisch-sozialistischer Ansätze sowohl sozialdemokratischer als auch kommunistischer Herkunft. Viele ihrer AnhängerInnen fielen Parteisäuberungen zum Opfer oder ließen sich zum Schweigen verurteilen...

Am Anfang der SED standen die erklärte Absicht und im Herzen vieler Genossinnen und Genossen beider Parteien der ehrliche Wunsch, nach

zwölf schrecklichen Jahren die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und das Beste aus der Tradition der beiden großen Arbeiterparteien zu machen. Dennoch haben wir in der SED das sozialdemokratische Erbe gründlich und endgültig verspielt. Das zu leugnen hat keinen Zweck. Daß die Erinnerung an die revolutionäre Sozialdemokratie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in der SED hochgehalten wurde und auch durchaus lebendig war - das ist eher eine Bestätigung als ein Gegenbeweis gegen die These, daß eben sozialdemokratische Fortentwicklung in der SED nicht mehr stattgefunden hat. Die Frontlinien des Kalten Krieges trennten auch sozialdemokratische und kommunistische Bewegung, SPD und SED - und bis heute SPD und PDS. Am Ende des Jahrhunderts ist diese Verselbständigung eine historische Tatsache - anders als an seinem Anfang oder in seiner Mitte. Gemeinsame Wurzeln und gemeinsame Geschichte sind ungeachtet dessen eine Realität und ein Thema auch heute. Aber: Den Konservativen heute eine Alternative entgegenzusetzen und ihre Herrschaft zu überwinden - diesem Ziel bringt uns nicht der integrierende Geist von August Bebel näher, sondern nur eine streng rationale Auseinandersetzung eigenständiger Partner von heute um Probleme und Inhalte der Gegenwart." (Disput 2.96/Pressedienst der PDS 5/6 96, S.8, 9).

8. Kurzbiographien führender Sozialdemokraten und Kommunisten der Provinz Brandenburg im Vereinigungsprozeß

- Else Bauer** Geb. 21.12.1883 Potsdam, Volksschule, kaufmännische Angestellte; 1917 USPD, später SPD; zeitweil. Stadtverordnete Potsdam; 1945 SPD, Leiterin Abt. Arbeit und Sozialfürsorge Landesvorstand Brandenburg SPD, ab April 1946 SED; ab 1947 Mitglied Sekretariat Provinzial- bzw. Landesvorstand SED, 1946-1950 Abg. Landtag Brandenburg. Später aus gesundheitl. Gründen nach Westberlin verzogen.
- Paul Bismark** Geb. 22.12.1888 Blesendorf (Ostprignitz), Sohn eines Schneidermeisters; Volksschule, Tischler. 1907 SPD, 1925-1933 Redakteur sozialdemokr. "Volkszeitung" in Wittenberge, 1922-1933 stellv. Vorsitzender Unterbezirk Prignitz. 1921-1925 Abg. Kreistag Westprignitz; 1945 SPD; April 1946 parität. Vorsitzender Kreisvorstand Westprignitz SED. Juli 1946 Mitarbeiter Landesvorstand SED, 1948 Leiter Organisations- und Personalabteilung Landesvorstand. 5.12.1948 parität. Landesvorsitzender Brandenburg SED. 1949 Rücktritt wegen schweren Herzleidens. Gestorben 19.8.1951 in Potsdam.
- Bruno Brockhoff** Geb. 13.10.1903 Bielefeld, Volks- und Fortbildungsschule, Krafftfahrer. 1921 USPD, 1924-1932 SPD; 1933 KPD, Widerstandskampf. November 1933 verhaftet, 1934 1 Jahr und 8 Monaten Gefängnis; 1942 Wehrmacht, 1.8.1943 mit 35 Mann Übertritt zur Roten Armee. 1943-1944 antifaschistische Lehrgänge in der SU. 1945 Rückkehr in SBZ. 1945 Sekretär Agitation und Propaganda Landesvorstand Brandenburg KPD, später SED; Aufbau Parteischule KPD,

dann SED, in Schmerwitz, Teilnahme Vereinigungsparteitag Berlin 21./22. 4. 1946. 1946-1949 Abg. Landtag Brandenburg. Verstorben 1.9.1949 Neuruppin; beigesetzt Potsdam.

Geb. 25.1.1896 Lebus, Sohn einer Arbeiterfamilie; Volksschule, Schuhmacher-, später noch Maurerlehre. Mit 16 Jahren Gewerkschaft, später Betriebsrat und Vorsitzender des Schuhmacherverbandes in Strausberg und Kreis Oberbarnim, Leiter Baugewerksbund Strausberg; 2. Vorsitzender ADGB, Ortsausschuß Strausberg. 1919 USPD, dann KPD; 1924-1933 Vorsitzender KPD-Ortsgruppe Strausberg; Stadtverordneter, Abg. Kreistag Oberbarnim; 1925 KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg; 1932/33 Sekretär KPD-Unterbezirksleitung Lausitz. Nov. 1933 verhaftet, nach Entlassung Illegalität. Mai 1945 Bürgermeister in Strausberg, stellvertr. Landrat Oberbarnim; Sekretär KPD-Bezirksleitung Brandenburg; 1946 Landesvorstand SED. 1948 schwere Erkrankung, verstorben 5.9.1948 in Cottbus, beigesetzt in Potsdam.

Franz Brüning

Geb. 12.9.1894 Bremen, Sohn eines Sattlers, des späteren Reichspräsidenten; Mittelschule, 1909-1913 Buchdruckerlehre, 1915-1918 Militärdienst. 1910 SAJ, 1913 SPD; 1919-1933 Redakteur sozialdemokr. Zeitungen, Chefredakteur "Brandenburger Zeitung"; 1928-1933 Abg. Reichstag. 1933 8 Monate KZ-Haft; 1939/40 Militärdienst; bis 1945 Polizeiaufsicht. 1945/46 Sekretär SPD Brandenburg, April 1946-1948 parität. Landesvorsitzender SED. 1946 Landtagspräsident Brandenburg. Seit 1946 Mitglied Parteivorstand bzw. ZK, seit 1947 Zentralsekretariat SED, seit 1949 Politbüro ZK SED. 1948-1967 Oberbürgermeister Berlin; 1948 Mitglied Volksrat und 1949 Volkskammer; seit 1960 Mitglied Staatsrat DDR. Gestorben 4.12.1979 in Berlin.

Friedrich Ebert

Geb. 20.9.1864 Murowana-Goslin (Posen), Sohn eines Tischlermeisters, 1870 - 1878 Volksschule Werder; Buchdrucker, 1886 SPD Berlin, April/Mai 1895 sechswöchige Haft wegen Verstoß gegen Pressegesetz; 1902/03 Geschäftsführer "Vorwärts"-Druckerei, bis 1918 Hausverwalter. Teilnahme Kongresse Amsterdam 1904 und Basel 1912; 11.11.1918 bis 4.1.1919 preußischer Minister; 4.1.1919 Polizeipräsident Berlin; 1919/1920 Abg. Nationalversammlung; Mai bis September 1920 Polizeipräsident Breslau; 1926 nach Werder, 1930-1933 Magistratsmitglied Werder. 1933 drei Hausdurchsuchungen, Entzug der Pensionsrechte, 1933 /34 Meldepflicht bei Polizei, Kontakte zu Sozialdemokraten. Juni 1945 SPD in Werder, Teilnahme Vereinigungsparteitag Provinz Brandenburg 7.4.1946 und Berlin 14.4.1946; Teilnahme 40. Parteitag SPD 19./20. 4.1946 und Vereinigungsparteitag 21./22.4.1946; Teilnahme 2. und 3. Parteitag 1947 und 1950 und 1. Parteikonferenz SED 1949. Verstorben Werder 31.5.1954.

Eugen Ernst

Geb. 26.11.1913 Nowawes, Sohn eines Buchdruckers; Volksschule, Gymnasium, Buchhändler; 1932 SPD, ab 1.9.1945 einer der beiden Sekretäre des Provinzialeinheitsausschusses SPD-KPD Brandenburg, ab 8.4.1946 Mitglied Sekretariat Provinzialvorstand SED Brandenburg; später Ministerium für

Karl Gadow

Kultur; 1961 -1978 diplomatischer Dienst der DDR (Konsul, Kulturattaché in Ägypten, Botschafter in Nepal). Verstorben Ende 1992.

Willy Jentsch Geb. 22.4.1892 in Barschdorf (Liegnitz), Sohn eines Maurers, Volksschule, 1911 Arbeit in Berlin, Gewerkschaft, 1912 SPD. 1914-1918 Militärdienst, 1918 Teilnahme an Kämpfen in Berlin; Arbeit in Reichsbahnausbesserungswerk, Betriebsrat, 1923 Bezirkssekretär Deutscher Eisenbahnverband Bezirk Osten; Übersiedlung Frankfurt/Oder; Sekretär SPD-Unterbezirk Frankfurt; Mitglied Ortskartell Freie Gewerkschaften Frankfurt. Abg. Provinziallandtag Brandenburg. Mai 1933 verhaftet, Zuchthaus Sonnenburg, Dezember 1935 erneut verhaftet, 1936 2 1/2 Jahre Zuchthaus; 1938 KZ Buchenwald, hier 1938 Aufnahme in KPD. 1945 Organisationsleiter KPD Frankfurt/Oder; Mitglied Kreisvorstand SED. 1948 Oberbürgermeister Frankfurt. 1953 Leiter Abt. Arbeit und Berufsausbildung beim Rat des Bezirks Potsdam. 1956 Ausscheiden gesundheitl. Gründe. Verstorben 26. 5.1966 in Potsdam.

Otto Meier Geb. 3.1.1889 Magdeburg, Sohn eines Steindruckers, 1895-1903 Bürgerschule, Angestellter; 1911 SPD und Gewerkschaft. 1915-1916 Militärdienst, schwerverwundet. 1917 USPD; 1919-1922 Redakteur bei USPD-Zeitung von Gotha und bei Zentralorgan "Die Freiheit"; 1922 SPD, Mitglied Bezirksvorstand Berlin SPD; 1922-1933 Vorsitzender Pressekommission des Zentralorgans "Vorwärts"; 1921-1933 Abg. Landtag Preußen. 1933 Widerstand, Polizeiaufsicht, 1939 verhaftet, 1944 KZ Sachsenhausen. 1945 Wiederaufbau SPD in Berlin und Brandenburg, Mitglied ZASPd, Chefredakteur SPD-Zentralorgan "Das Volk". Teilnahme Vereinigungsparteitag 21./22.4.1946, 1946-1950 Mitglied Parteivorstand und Zentralsekretariat SED. 1946 Abg. Landtag Brandenburg, 1949-1952 Landtagspräsident; nach 1952 Abg. Bezirkstag Potsdam. 1948/49 Mitglied Volksrat und Volkskammer. 1952-1958 Leiter Staatliches Archivwesen DDR, 1958 Dr. h.c. der Jurist. Fakultät Universität Halle. Verstorben 10.4.1962 in Potsdam.

Robert Neddermeyer Geb. 3.4.1887 Hamburg, Sohn eines Seemanns, Volksschule, Arbeiter. 1901 Gewerkschaft, 1904 SPD; 1909-1918 Militärdienst, 1918 Teilnahme Kieler Matrosenaufstand; 1920 KPD, Juni 1924 Teilnahme V. Weltkongreß Komintern Moskau, 1924-1928 Abg. Reichstag, 1928-1933 Abg. Landtag Preußen; 1933 Widerstand, Oktober 1933 verhaftet, 2 Jahre Gefängnis, KZ Esterwegen und Sachsenhausen, ab 1936 Polizeiaufsicht; 1944 erneut verhaftet, 3 Jahre Zuchthaus, Brandenburg. 1945-1947 Oberlandrat in Bernau, Teilnahme Vereinigungsparteitag SED 21./22.4.1946; 1946 Abg. Landtag Brandenburg, 1953 Bezirkstag Potsdam; 1947 Landessekretär, 1949 Landesvorsitzender VdgB, 1952 Vorsitzender Bezirksverband Potsdam, Mitglied Präsidium VdgB. Verstorben 18.10.1965 in Potsdam.

Willy Sägebrecht Geb. 21.2.1904 Groß-Schönebeck (Kr. Niederbarnim), Sohn einer Arbeiterfamilie, Volksschule, Land- und Industriearbeiter; 1920 Holzarbeiterverband, SAJ, 1923 KJVD, 1925 KPD, 1929-1931 Leiter Unterbezirk Nord KPD Berlin-Brandenburg, 1931-1933 Instrukteur Bezirksleitung Berlin-Brandenburg. 1928-

1932 Abg. Kreistag Niederbarnim; 1932/33 Abg. Landtag Preußen. 1933 KZ Sonnenburg, 1934 erneut verhaftet, 1936 5 Jahre Zuchthaus. 1945 Verbindung zur Initiativgruppe ZK KPD für Berlin, Aufbau KPD in Provinz Brandenburg. 1945/46 Sekretär KPD-Bezirksleitung Brandenburg; 1946-1949 parität. Vorsitzender SED-Landesvorstand. 1946-1950 Abg. Landtag Brandenburg. 1946-1963 Mitglied Parteivorstand bzw. ZK SED; 1949-1952 Vorsitzender bzw. 1. Sekretär SED-Landesleitung. 1948/49 Mitglied Volksrat, 1949-1958 Volkskammer; 1953-1954 Staatssekretär und 1. Stellv. des Vorsitzenden Staatl. Plankommission. Ab 1954 Oberst Kasernierte Volkspolizei, ab 1956 NVA; 1959 aus gesundheitl. Gründen ausgeschieden. Verstorben 8.4.1981 Berlin.

Geb. 5.4.1869 Titisee (Schwarzwald), Sohn eines Bergbauern; 1875-1883 Volksschule, Bürstenmacher, 1889-1901 Militärdienst. Seit 1891 SPD, Gewerkschaft; 1895-1897 Chefredakteur "Märkische Volksstimme" Frankfurt/Oder; Teilnahme Kongreß Stuttgart 1907; Mitarbeit an "Volkszeitung für das Muldenthal" und "Leipziger Volkszeitung"; 1903-1906 und 1909-1918 Abg. Reichstag; 1914-1918 Redakteur "Sozialdemokratische Partei-Correspondenz" in Berlin. 1919 Militärgouverneur Berlin, 1919/1920 Abg. Nationalversammlung, 1920-1932 Abg. Reichstag, 1919-1933 Chefredakteur "Volksfreund" Karlsruhe. Teilnahme 40. Parteitag SPD 19./20. 4. 1946, Vereinigungsparteitag 20./21.4.1946, 2. Parteitag SED 1947. 1948/49 Mitglied Volksrat und Volkskammer. 1946-1951 Abg. Landtag Brandenburg. Verstorben 24.11.1954 in Schöneiche (bei Berlin).

Georg Schöpflin

Geb. 13.2.1908 Berlin, Sohn eines Glasschleifers, Volksschule, Höhere Technische Lehranstalt für Hoch- und Tiefbau; Arbeiter; 1922 SAJ, 1924 KJVD; 1931 KPD; Widerstand, 1939 verhaftet, 1941 lebenslängl. verurteilt. 1945 1. Sekretär Kreisleitung Brandenburg KPD, 1946-1952 paritätischer Sekretär Landesleitung SED Brandenburg; 1952-1964 1. Sekretär Bezirksleitung Potsdam SED; 1950-1954 Kandidat, 1954-1989 Mitglied ZK der SED; 1953-1989 Abg. Volkskammer; 1964-1966 Minister für Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte; 1967-1989 Vorsitzender Zentrale Revisionskommission der SED; 1976-1989 Vorsitzender Solidaritätskomitee der DDR.

Kurt Seibt

Geb. 3.7.1895 Stuttgart, Sohn eines Arbeiters; Volksschule, Modelltischler, 1915-1918 Militärdienst. 1913 SPD, Dezember 1918 bis 1921 Leitung Jugendsekretariat Landesvorstand Württemberg, 1920-1925 württembergischer Landesvorsitzender SAJ, 1920-1928 Mitglied Hauptvorstand SAJ. Nach 1918 Mitarbeit an sozialdemokr. Zeitungen, 1921-1929 Geschäftsführer und Redakteur "Tuttlinger Volkszeitung"; SPD-Vorsitzender in Tuttlingen. 1929 nach Bewerbung Redakteur "Potsdamer Volksblatt", danach auch SPD-Vorsitzender in Potsdam, Stadtverordneter. Sommer 1933 KZ Oranienburg, 1934-1939 Polizeiaufsicht. 1939-1945 Zivilangestellter bei Wehrmacht in Potsdam; Mitarbeit in Widerstandsgruppe Wilhelm Leuschner/Hermann Maaß, August/September 1944 KZ Sachsenhausen. 14.5.1945 Pressedezernent, 19.7.1945 1. Bürgermeister von Potsdam; Ende Juni 1945 Vorsitzender SPD-Landesvor-

Georg Spiegel

stand Provinz Brandenburg; Teilnahme Vereinigungsparteitag Brandenburg 7.4.1946 und Vereinigungsparteitag Berlin 21./22.4. 1946. Ministerialrat im brandenburgischen Wirtschaftsministerium; 1949 Abg. Landtag; 1956 Leiter Presseabteilung Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Berlin. 1946-1955 Mitglied Kreisvorstand und Sekretariat Potsdam SED. Erkrankung; Verstorben 31.10.1960 in Potsdam.

Karl Steinhoff Geb. 23.11.1892 Herford (Westfalen), Gymnasium, Studium, 1921 Dr. jur.; 1923 SPD; 1926-1928 Landrat Kreis Zeitz, 1928 Regierungspräsident in Ostpreußen, 1933 Berufsverbot. 1945 SPD, Präsident Provinzialverwaltung Brandenburg, 1946 SED, 1946-1949 Ministerpräsident Brandenburg; 1949/50 Mitglied Parteivorstand, 1950-1954 ZK SED. 1949 Innenminister DDR, 1952 Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, danach Professor für Verwaltungsrecht an HU Berlin. Verstorben 19.7.1981 in Berlin.

Gerda Sucker Geb. 24.5.1907 in Berlin; Gemeinde- und Gewerbeschule, Textilarbeiterin; 1926 KJVD, 1927 KPD; nach 1933 Widerstand; 1945-1946 Sekretär für Presse und Organisation KPD-Bezirksleitung Brandenburg, 1946 SED, 1946-1947 Mitglied Sekretariat SED-Provinzialleitung; 1946 Geschäftsführerin des Provinzial- bzw. Landesvorstandes Volkssolidarität, ab 1958 Mitglied des DFD-Landesvorstandes Brandenburg. Verstorben 22.5.1991 in Potsdam.

Willi Wolf Geb. 7.7.1904 Köthen, Sohn eines Metallarbeiters, Volksschule; Arbeit in Maschinenfabrik. 1922 Gewerkschaft, SAJ, 1923 SPD. 1924-1929 hauptberuflich beim Deutschen Landarbeiterverband Köthen/Bernburg, 1929-1931 Sekretär des DLV bei Gauleitung Halle; 1930-1932 Gasthörer Universität Halle; Seit Ende 1933 Widerstandskampf, 13.3.1936 Verhaftung, vier Jahre Zuchthaus, 1940 "Schutzhaft" KZ Sachsenhausen. Verschärfung Tbc-Erkrankung. Todesmarsch. 1945 Mitglied Vorbereitender Gewerkschaftsausschuß Provinz Brandenburg; SPD; 2. Vorsitzender Brandenburg FDGB, Teilnahme 1. FDGB-Kongreß 9.-11.2.1946; 1946 SED, 1947 1. Vorsitzender IG Land- und Forstwirtschaft, 1948 aus gesundheitl. Gründen zurückgetreten; Teilnahme 1. Parteikonferenz SED 25.-28.1.1949; . 1950 Direktor Landes- bzw. Bezirksarbeitsgericht Potsdam; 1964-1968 stellv. Kaderleiter Deutsches Zentralarchiv Potsdam. Verstorben 16.2.1971 in Potsdam.

10. Weitere Literatur

- Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985.
- Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis. Hefte zur ddr-geschichte, 27, "Helle Panke" e.V., Berlin 1995.

- Günter Benser: Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs (1946-1948). In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf, Band I, Bonn, Berlin 1993, S. 81 ff.
- Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Band 63, R. Oldenbourg Verlag, München 1991.
- Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Hrsg. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch, K.G. Saur, München-New Providence-London-Paris 1994.
- Friedrich Ebert und die Einheit der beiden Arbeiterparteien. Dokumentation, eingeleitet und zusammengestellt von Georg Ebert und Thomas Friedrich, Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg", Potsdam 1994.
- Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?. Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990.
- Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1966.
- Luise Höppner (geb. Moltmann): Wir hatten ein durch und durch demokratisches Mandat, in: ND, 25.7.1995, S. 12.
- Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 193, 4. erg. Auflage, Bonn 1986.
- Hans-Joachim Krusch: Arbeiterbewegung, gesellschaftspolitische Forderungen und Einheit der Arbeiterparteien 1945/46. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf, Band I, Bonn, Berlin 1993, S. 61 ff.
- Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1995.
- Frauke Mingerzahn: Eugen Ernst. Lebensbild eines Sozialdemokraten im Spannungsfeld zwischen Reaktion und gesellschaftlichem Fortschritt, Phil. Dissertation, Potsdam 1988.
- Heinz Niemann/Siegfried Prokop: Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR. Versuch eines Problemaufrisses, Hefte zur ddr-geschichte, 28, "Helle Panke" e.V., Berlin 1995.
- Joachim Schulz/Karl Urban/Werner Wölk: Die Vereinigung von KPD und SPD in der Provinz Brandenburg. Hrsg. SED-Bezirksleitung Potsdam, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtl. Arbeiterbewegung u.a., Potsdam 1976.
- Volker Sieger: Die Entwicklung der SED zur "Partei neuen Typus". Zu Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des innerparteilichen Wandes 1948, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 37. Jgg., 4/1995, S. 87 ff.

- Fritz Reinert: Brandenburgs Parteien 1945 - 1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1995.
- Fritz Reinert: Die Vorbereitung der Vereinigung (Vereinigung von KPD und SPD zur SED in Potsdam). In: Potsdamer Linker Bote, 11.7.1995, S.5.
- Fritz Reinert: Die Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD zur SED in Potsdam. Der Einfluß der sowjetischen Administration. In: Potsdamer Linker Bote, 25.7.1995, S. 5.
- Fritz Reinert: Konfliktreicher Weg - am Ende die Fusion. In: Potsdamer Linker Bote, 9.8.1995, S. 5
- Alfred Schlegel: Freier Wille oder Zwangsvereinigung? In: Potsdamer Linker Bote, 18.4.1995, S.7.
- Christa Schneider: "Zwangsvereinigung" von KPD und SPD? In: Potsdamer Linker Bote, 30.5.1995, S. 1.
- Manfred Uhlemann: Hoffnungen - Wege - Irrwege. Potsdam 1945 - 1989. Beiträge zur Stadtgeschichte, Potsdam 1993.
- Manfred Uhlemann: Entstehung der SED in Potsdam. Brandenburgische Historische Hefte, Nr. 3. Hrsg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1996.
- Manfred Uhlemann: Wie die SED in Potsdam entstand. Dazu Erkenntnisse aus Untersuchungen zur Vereinigung von KPD und SPD. In: Potsdamer Linker Bote, 13.2.1996, S.4.
- Karl Urban: 15 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg Mai 1945 bis April 1946. Hrsg. Kommission zur Erforschung der örtl. Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED, Potsdam 1961.
- Karl Urban/Joachim Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1946. Hrsg. Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtl. Arbeiterbewegung, Potsdam 1985.
- Vor 40 Jahren. Zur erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetisch Besetzten Zone 1946. Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn 1986, Neuauflage 1990.
- Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS. In: Pressedienst der PDS, Nr. 50, 15.12.1995; ND, 18.12.1995, S.11.
- Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg. Mit Beiträgen von Andreas Malycha, Manfred Rexin und Helga Grebing und einem Vorwort von Steffen Reiche. Hrsg. SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Brandenburg, Potsdam o.J. (1995).

